

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE:**

### **1) UnternehmerInnen sind nicht unsere Feindbilder, sondern unsere Vorbilder, Unternehmerfreundlichkeit ist Konjunkturbelebung**

GR. Mag. **Frölich** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift ist relativ plakativ und soll einfach zum Ausdruck bringen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass es die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Gründerinnen und Gründer sind, die mit ihrer Leistung, mit ihren Ideen, Innovationen, letztlich aber auch mit ihren Investitionen in Zeiten wie diesen auf eigenes Risiko nachhaltig sich bewähren und entsprechende Steuern und Abgaben auch an den Staat abliefern. Ich habe mir das für Graz ein bisschen angeschaut. In Graz sind es sage und schreibe fünf Milliarden Euro, die von den Unternehmen an Löhnen und Gehältern bezahlt werden. Es sind 1,5 Milliarden, die von den Unternehmen in diverse Sozialtöpfe fließen und da erlaube ich mir schon die Aufzählung, es geht um Pensions-, Unfall-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung, es geht um einen Wohnbauförderungsbeitrag, Zuschlag nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, Zuschlag zum Familienlastenausgleichsfonds, in die Kommunalsteuer, in die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse und vieles, vieles mehr. Sie alle wissen, dass wir Vorzeigeunternehmen auch haben, die sehr viel mehr darüber hinaus an Nebenkosten ganz freiwillig produzieren, Stichwort Betriebskindergärten etc. All das führt dazu, dass wir heute zu einer Situation gekommen sind, wo ein Bruttoeinkommen von 28.000 Euro, netto bleiben da in etwa mit Sonderzahlungen 20.000 Euro über, dass das einem Unternehmen im Jahr 8.677 Euro, sprich die 28.000 Bruttoeinkommen kosten dem Unternehmen 36.700 Euro knapp. Durch all diese Zusatzbelastungen liegen wir in Österreich auf einem Ranking der internationalen Weltbank, liegen wir international

nur auf Platz 20 und das auch nur, weil wir einfach eine gewisse Standort-, eine Sicherheit am Standort haben und nicht deshalb, weil wir es vor allem jungen Unternehmen, und um die geht es mir da sehr stark, es so leicht machen, Zugang zum Gründen und zum Sich-selbständig-Machen zu geben. Am einfachsten im Übrigen, den Hinweis haben ich auch in den Text aufgenommen, wird es Unternehmen in Singapur, in Neuseeland, in Honkong, dann auch in Dänemark, Korea, Norwegen und den Vereinigten Staaten gemacht, Deutschland liegt immerhin auf Rang 14.

Zunehmend schlechter wird die Stimmung, meines Erachtens, ich beobachte, dass UnternehmerInnentum nicht gefördert wird, sondern das letztlich, ich erinnere an die Diskussion der vergangenen Monate, dass letztlich insbesondere in Steuerfragen eine Art Generalverdacht, die Glocke des Generalverdachtes über Selbständige und Unternehmer gelegt wird. Es gibt unendlich viele Auflagen, von Brandschutz über Gesundheit etc., es gibt eine Lohnnebenkostenflut, muss man es fast nennen. Im Gegensatz dazu gibt es auf der anderen Seite einen Druck, der aufgebaut wird durch Ideen wie eine zusätzliche Urlaubswoche, Überstundenabgaben, Wertschöpfungsabgaben etc., um da irgendwas noch sich zu holen. Ich halte das für, ich sage das ausdrücklich, für Retro-Gedankengut, ich denke, das ist nicht die Wertschätzung, die Unternehmen gegenüber, die arbeitsstiftend tätig sind, gegenüber erbracht werden sollte. Ich bin überzeugt davon, dass nur durch Ideen, Innovation, Investition und Arbeit Wertschöpfung und Wohlstand entstehen können, das kann man auch überall nachlesen. Letztlich sind es die Unternehmer, die den Leistungsmotor, der da Wirtschaft heißt, in Gang halten. Es braucht einfach für die Wirtschaft freie Entfaltungsmöglichkeiten und stabile Rahmenbedingungen. Die Bankenlandschaft, dazu braucht man nicht viel sagen, ist nicht besser geworden. Stichwort Basel III. Ein auch nicht gerade unternehmerfreundliches Klima in Österreich hat auch mit sich gebracht diese Einführung der Transferleistung nur auf einer Seite, nämlich dort, wo es um Mindestsicherung etc. um Leistungsempfänger geht, dort hat man das eingeführt, dort hat man es nicht eingeführt bei den Unternehmerinnen und Unternehmern und bei den bäuerlichen Betriebe hat man es eingeführt, dort wird

beobachtet, dort wird Transparenz bis zum Letzten gefordert, was praktisch Unternehmersein nahezu unadministrierbar macht, vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen sind es, die nach einer Endbürokratisierung im Sinne von Förderung, Wachstum und Beschäftigung und Wohlstand geradezu schreien. Dazu kommt noch eine Flut von Kontrollen, die Scharen von Kontrollierenden fallen über Unternehmer her, für kleine und mittlere Betriebe nahezu..., wo das Tagesgeschäft nahezu zum Stillstand kommt. Viele, viele Beispiele gäbe es, würde den Rahmen der Zeit sprengen, ich bin davon überzeugt, dass ein unternehmerfreundliches Klima ganz, ganz notwendig ist für junge Menschen, den Weg in die Selbständigkeit zu suchen. Die Verwaltung sollte meines Erachtens die Entfaltung der unternehmerischen Tätigkeit unterstützen und nicht Barrieren aufbauen. Dieses positive Klima ist natürlich auch ganz wesentlich für einen Standortvorteil, für eine Standortqualität.

Ich darf daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

stellen: Die übergeordneten gesetzlichen Ebenen, Land Steiermark und Republik Österreich, werden am Petitionswege aufgefordert, im Sinne dieses Motivenberichtes alles daran zu setzen, dass Österreich im Ranking der Unternehmerfreundlichkeit einen Platz unter den Top 10 erreicht, besser sein ist immer möglich. Dabei sind drei Faktoren im Wesentlichen zu berücksichtigen. Eine nachhaltige Entlastung des Faktors Arbeit, ein Ende der Überregulierung durch Vorschriften und Auflagen durch eine merkbare Reduktion der landes- und bundesstaatlichen Vorschriften und eine Überarbeitung und Reduktion der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Ein für GründerInnen investitions- und finanzierungsfreundliches Klima.

Ich danke schon jetzt für eine allenfalls Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Luttenberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag schreit fast nach meiner Wortmeldung als Gewerkschafter. Ich möchte irgendwie schon sagen, also es ist heute schon das Wort gefallen über den Wahlmodus und ich, obwohl Elemente drinnen sind, die natürlich diskussionswert sind, muss ich schon sagen, also man merkt, dass in einigen Tagen Landtagswahlen sind. Gestern habe ich die Diskussion im Fernsehen gehört und da hat der Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer fast wortwörtlich dasselbe gesagt. Und ein Grund, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, ist zunächst einmal der Adressat, weil da wird namentlich zwar irgendwie vage erwähnt, dass das die Bundesregierung ist und die Landesregierung, aber namentlich wird der Voves genannt, Herr Landeshauptmann Voves und der Herr Bundeskanzler Faymann, und da wird es bei mir schon ein bisschen unernst. Es wird so getan, wie wenn es keinen Django Mitterlehner gibt, der ja große Verantwortung als Vizekanzler hat. Es wird so getan, wie wenn es keinen Landesrat Buchman gibt, der mit der Geldkanne von Förderungen auch durch das Land schreitet und deswegen ist einiges da für mich problematisch und zwar, ich könnte auch aufzählen als Arbeitnehmer und Gewerkschafter, was sozusagen die Arbeitnehmerseite alles für Milliarden aufbringt. Denn ich gebe zu, natürlich sind Unternehmer Leute, die Arbeitsplätze schaffen. Aber man darf ja nicht so tun, wie wenn es nur die Unternehmer sind, es gibt auch öffentliche Unternehmen, es gibt Unternehmen, wo der Staatseinfluss noch da ist, es gibt Dienstleistungsunternehmen und ich würde einmal gerne aufzählen, was schaffen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Steuern, was konsumieren sie, wie können sie sozusagen die Wirtschaft durch die Konsumation, welche Impulse können sie da setzen und da kommen wir bei der Gegenrechnung auch auf Milliarden. Es ist schade, dass die ÖVP dem SPÖ-Abänderungsantrag nicht irgendwie nahe gekommen ist, denn da sind schon Elemente drinnen, wo ich sagen kann, naja da redet man wenigstens über Inhalte. Weil den Faktor Arbeit entlasten, das höre ich schon 20 Jahre, aber wollte wollt ihr den entlasten die Unternehmen oder belasten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das muss man einmal klar sagen und das steht da leider in einigen Sachen nicht

drinnen. Schade finde ich es von der SPÖ allerdings schon, die haben da einige Punkte aufgezählt, aber die Wertschöpfungsabgabe, die ist wie durch Zauberhand gleich wieder verschwunden, aber trotzdem. Die Dringlichkeit sehen wir nicht und wie gesagt, schade ist es, dass dieser Abänderungsantrag nicht von der ÖVP aufgenommen worden ist. Es gäbe viel zu sagen, aber wie gesagt (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich kann hier anschließen an den Kollegen Luttenberger. Inhaltlicher Natur im Motivenbericht, Herr Frölich, tut mir einiges sehr weh, nämlich in dem Sinne und ich habe dir zugehört und deine Stimme war auch ein bisschen zögerlich, traurig fast klingend, weil ich mir gedacht habe, so hundertpro überzeugt bist du zu deinem Motivenbericht auch nicht. Und zwar ganz einfach, es sind nicht nur die Unternehmer wichtig, es sind auch die ArbeiternehmerInnen wichtig und nur die ArbeitnehmerInnen und vor allem die unselbständig Erwerbstätigen als Kostenfaktor zu sehen, das geht schlicht und einfach nicht. Denn ich glaube, ein paar wenige unselbständig Beschäftigte außerhalb des öffentlichen Bereiches, ich habe heute durchgeschaut, wer wo beschäftigt ist, ein paar wenige gibt es hier und ich denke, dass niemand sich hier herinnen im Raum als Kostenfaktor sieht und dass die Leistungen, die in den Lohnnebenkosten drinnen stecken, ein Gutdünken der Unternehmer sind, die wir erhalten so nach, weil die Unternehmen auch eine soziale Ader haben. Ich denke, wir Beschäftigten und die ArbeiternehmerInnen erarbeiten sich diese Leistung zutiefst und es tragen ja nicht die Unternehmen, es wird ja durchgerechnet, es tragen am Ende des Tages die KonsumentInnen und die VerbraucherInnen und das dürfen wir in keinem Fall vergessen. Lieber Herr Kollege Frölich, du hast in deinem Motivenbericht mich herausgefordert, ein bisschen genauer zu schauen, was passiert denn heute wirklich, wo werden Unternehmer und Unternehmerinnen heute begünstigt und ich habe irgendwie das Gefühl, erlaube mir die Kritik, dass du nicht am Stand der Dinge bist. Das eine ist, es hat eine Steuerreform gegeben und ich möchte heute hier betonen, dass

die ArbeitnehmerInnen durch die Steuerreform entlastet werden, aber auch die Unternehmer und Unternehmerinnen, nämlich dann, wenn bis zu einem Gewinn von 25.000 Euro, gleich wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da ist eine Entlastung von 1.000 Euro auf beiden Seiten drinnen. Eine zweite Geschichte, die die kleinen Unternehmer sehr, sehr, ihre könnt die Gesetzesbegutachtung, die jetzt in der Begutachtung ist, anschauen. Das Zweite, was drinnen ist, es gibt einen Verlustvortrag für Unternehmen bei der Einnahmenausgabenrechnung für 36.000 Euro Umsatz inklusive, das kostet dem Bund 20 Millionen Euro. Drittens, etwas Besonderes, du sagst, ich habe direkt schmunzeln müssen, wie ich gelesen habe, übervorsichtige Banken geben kein Geld. Es sind jetzt die Regeln, aber weil die Banken nicht vorsichtig waren, hat es Beschränkungen gegeben und als Konsumentenschützerin weiß ich, es ist Geld auch vorhanden und wir haben die Vorlage zum Crowdfunding. Die Crowdfunding-Bestimmungen ermöglichen Unternehmen, wenn sie eine Idee haben, zu Geld zu kommen, aber wir dürfen bei dieser Regelung nicht vergessen, dass diejenigen, die das Geld geben, im Falle eines Verlustes vollkommen mit nichts dastehen, wir haben keine Sicherungsbestimmungen da drinnen. Aus dieser Sicht es ist zwar möglich, aber der, der es gibt, muss sich des Risikos bewusst sein und das, was auch gut ist für die Personengesellschaften, das ist auch im jetzigen Paket drinnen, dass das wirkliche Unternehmertum nämlich bei den Personengesellschaften bevorzugt wird. Also das ist jetzt das Steuerpaket, es gibt sehr, sehr viel, also irgendwo, es tut sich da was für die Unternehmen, sagen wir auch, das unterstützen wir. Das, was wir nicht unterstützen können und das ist nämlich die Entlastung des Faktors Arbeit, so wie es dagestanden ist, Kollege, du hast das angesprochen. Wir haben uns da nicht einigen können, wir haben die Wertschöpfungsabgabe dazugenommen, wir haben es akzeptiert, weil im jetzigen Regierungsprogramm einige Stücke drinnen sind, die die Lohnnebenkosten senken. Wir wissen um das Problem, das ist klar. Die meisten Leistungen müssen immer weniger Menschen tragen. Was ist in der Lohnnebenkostendebatte drinnen und warum haben wir uns ausgesprochen dafür, dass wir es herausnehmen? Weil eine Kürzung alleine auch eine Kürzung der

Leistungen bedeutet und dann möchte ich sagen, wer geht heute hin, wenn es beispielsweise heute regnet es den ganzen Tag, wie schaut es aus mit der Entgeltfortzahlung für die Bauarbeiter, wenn es jetzt eine Woche durchregnet, das geht nicht. Wir können nicht sagen, runter mit den Kosten und wie ihr mit eurem Geld zusammenkommt, das geht nicht. Es geht darum, wie geht es mit der Pensionsversicherung weiter, wie schaut es mit dem Insolvenzgeld aus, das Krankengeld, wir erarbeiten uns das alles. Die Wohnbauförderung und die letzte Änderung, die wir ja gehabt haben, das war die Abfertigung neu, nämlich die Abfertigung für alle, da haben uns auch ÖVP und SPÖ dafür geeinigt. Also Faktum ist, für diese Lohnnebenkosten wird eine gute Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbracht und wir sollen bloß nicht so tun, dass wir alle Menschen ein Kostenfaktor sind.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Komm bitte zum Ende, du bist zwei Minuten drüber.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ein Punkt noch, die Registrierkasse, weil sie indirekt drinnen steht, ich war in Hamburg, habe einen Registrierkassenzettel bekommen mit der Steuernummer. Deine Kolleginnen und Kollegen von dem Bezirksrat waren jetzt auch in Neapel, in Neapel vorige Woche, die wissen auch, dass man sofort immer einen Registrierkassenzettel gibt. Also ich glaube, das ist ganz, ganz leicht umsetzbar. Die Frau Vizebürgermeisterin hat mich zur Zeit gemahnt und ich bedanke mich, dass ich sie kurz überschreiten durfte, weil ich glaube, es ist wichtig, dass man das auch hier herinnen betont. Unser Abänderungsantrag, den ich hier einbringen möchte, muss ich jetzt den ganzen Antragstext verlesen? Der Antragstext, ich mache jetzt die drei Punkte: Der Landesgesetzgeber und Bundesgesetzgeber werden im Petitionswege

ersucht, alles daranzusetzen, dass Österreich im Ranking der Unternehmerfreundlichkeit einen Platz unter den Top 10 erreicht. Dafür sind drei Faktoren wesentlich zu berücksichtigen. Erstens, eine Evaluierung der Vorschriften und Auflagen mit dem Ziel der Reduktion der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen – dies jedoch auf jeden Fall unter Einbindung der Sozialpartner und ohne dabei ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen zu minimieren. Zweitens, ein für GründerInnen investitions- und finanzierungsfreundliches Klima. Drittens, eine Reform der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft speziell in Hinblick darauf, für EPU und Kleinstunternehmen verbesserte Möglichkeiten bei krankheits- oder unfallbedingten Ausfällen zu schaffen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Danke, Klaus, dass du als KFA-Direktor und Magistratsbediensteter einen Wirtschafts Antrag einbringst. Da kommt sowieso viel zuwenig bei der ÖVP von dieser Seite. Wenn ich mir jetzt den Abänderungsantrag oder die beiden Zusatzanträge anschau, haben wir ein Lehrstück an politischer Kommunikation vorliegen. Die These kommt hier von der ÖVP, die Antithese von der SPÖ und die Synthese im Endeffekt nachher von den Grünen, wenn er noch eingebracht wird der Antrag. Aber wir sind im Wahlkampf, ich verstehe das schon. Die Reformpartnerschaft ist zwischenzeitlich offenbar ausgesetzt worden, die Reformzwillinge nicht mehr auf Kuschelkurs, da ein Antrag konterkariert ein bisschen den anderen Antrag hier von Rot und Schwarz. Wir sehen es halt als Wahlkampfgeplänkel. Speziell bei der ÖVP muss man schon sagen, ihr habt es seit Jahrzehnten in der Hand, ihr habt Wirtschaftsminister, Finanzminister, Wirtschaftslandesrat, Finanzlandesrat, ihr habt aus dem Wirtschaftsbund Mitglieder in den Gremien sitzen, im Parlament, die haben alle mitaufgezeigt bei jenen Punkten, die ihr jetzt kritisiert. Beim Bürokratieaufbau sozusagen, bei den Steuererhöhungen, bei all dem, lieber Klaus, was du jetzt sagst, was schlecht für Unternehmer ist, hat inklusive



Präsident Leitl jeder Wirtschaftsbündler mitaufgezeigt. Also deshalb können wir diesen Antrag, so gut er ist, also wir unterstützen ihn, möchte ich gleich vorweg schicken, aber so gut er ist, wir können ihn nicht sehr ernst nehmen, also wir sehen das als Wahlkampfgeplänkel. Es freut mich natürlich, dass von der ÖVP, wenn auch nur sehr polemisch im Wahlkampfmodus, hier überhaupt irgendwas in Richtung Wirtschaft kommt. Eine Premiere in dieser Gemeinderatsperiode ist, dass die ehemalige Wirtschaftspartei ÖVP überhaupt ein Wirtschaftsthema aufgreift, wenn auch nur als Nona-Antrag, der natürlich aus unserer Sicht zu unterstützen ist. Wir unterstützen die ÖVP, wie gesagt, aber wir glauben halt nicht an die Umsetzung dieses Antrages, weil das ein reiner Wahlkampfgegag ist, glauben wir. Wir werden auch das beobachten, ob da irgendwas in Umsetzung gehen wird, ob die ÖVP auch da dahinter ist, dass die Petition in Umsetzung gehen wird, nämlich auf den Ebenen, wo die Petition hingehet. Den SPÖ-Antrag werden wir nicht unterstützen können, weil der konterkariert eigentlich sehr vieles, das ist kein wirtschaftsfreundlicher Antrag mehr und den Antrag von Grünen, den sehen wir auch sehr gut, den würden wir, soweit er eingebracht wird, unterstützen, weil hier werden alle in der Verantwortung gezogen, nicht nur Rot, sondern auch Schwarz, und dann würde es zu einer Umsetzung kommen, wenn nur der Wille groß genug wäre von Rot und Schwarz (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Nur deshalb, weil ich mittlerweile den Überblick verloren habe, wie die Abstimmung ausgehen wird. Es sind noch alle da oder nicht mehr, wer unterstützt wen, deshalb werde ich meine Wortspende jetzt so quasi als Schlusswort jetzt schon anbringen, weil ich nicht weiß, ob die Dringlichkeit durchgeht. Lieber Kollege Luttenberger, dass wir nicht zusammenkommen auf der Ebene, ist mir klar zu dem Thema, da bräuchten wir wahrscheinlich einige Abende, in denen wir zusammensitzen müssten, um dann aufzustehen und zu wissen, dass wir hier ziemlich konträr denken. Du hast den alten Antrag gehabt. Eines muss man schon sagen, ich erinnere mich an

Worte von dem, glaube ich, von vielen Seiten anerkannten steirischen, leider verstorbenen industriellen Werner Tesmar-Pfohl, der einmal gesagt hat, wir müssen verstehen, dass eine reine Dienstleistungsgesellschaft nicht den Wohlstand aufrecht erhalten kann. Wohlstand kann dort aufrecht erhalten werden, wo Wertschöpfung ist und Wertschöpfung ist dort, wo produziert wird und dort wo Unternehmer sind und das ist der große Unterschied und dort gehen wir so weit auseinander. Susi Bauer, aus dir spricht sehr stark die Konsumentenschützerin, bei aller Wertschätzung, weniger die Wirtschafts- oder Unternehmer-Expertin, es ist ein weiterer Bereich, du hast natürlich auch das herausgepickt, wo du auch ständig damit zu tun hast und wo du auch sehr viel deine Überzeugungen geäußert hast. Wir haben gerade gesagt, wir sind nicht böse aufeinander, aber gerne spreche ich mit der FPÖ nicht über das Geld. Wir alle wissen, dass man 8.000 Euro, wir Steirer, wir Grazer, 8.000 Euro für die Hypo zahlen. Ihr habt den Wahlkampfmodus so oft angesprochen heute, ich bin nicht im Wahlkampfmodus, ich wünsche mir keine Verklagenfurterisierung der steirischen Wirtschaft, ich wünsche mir keine Verklagenfurterisierung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der Wirtschaftspolitik, da stellt es mir die Haare auf. Ich möchte nicht über Geld reden mit der FPÖ, ich habe immer den Eindruck, dann ist irgendwo meine Briefftasche auch gleichzeitig weg. Die Ausführungen sind ungefähr in der Qualität so proportional zu den Wahlkampfprüchen auf den Plakaten, eine Aneinanderreihung von kurzen Gstanzen, vielleicht noch ein Bier und eine Melodie dazu und dann haben wir die Stimmung. Also reden wir nicht über das Geld, liebe FPÖ. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Piratenpartei) angenommen.***

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Trennung zwischen Dringlichkeit und Inhalt haben wir es nicht so ganz genau, macht nichts. Es gibt ja schon zwei Anträge, die in der Dringlichkeit eingebracht wurden, ist auch nicht ganz der

Punkt. Vielleicht zur Aufklärung, unser Zusatzantrag ist nicht mehr notwendig, weil es gibt ja eine neue Form des Antrages, wo die Namen nicht mehr genannt werden, deswegen werden wir ihn auch nicht einbringen, weil eben das jetzt ohne Personen gespielt wird, sei es drum. Wenn man Personen nennt, dann hätten wir natürlich auch die Kollegen der ÖVP mitnehmen müssen. Inhaltlich, ja wir werden beide Anträge unterstützen, auch wenn es nicht immer ganz leicht fällt, also wir werden sehen, ob wir noch einen weiteren unterstützen müssen, wir können uns sowohl die Abänderung der SP vorstellen mit einigem Bauchweh, aber natürlich auch den Antrag der ÖVP, weil ich auf den Antragstext schaue. Zum Motivenbericht komme ich später. Beim Antragstext, denke ich mir, ja da kann man schon hin, eine nachhaltige Entlastung des Faktor Arbeit das wollen wir schon immer, da sind wir einer Meinung. Ich weiß nicht, warum der Zusatz jetzt fehlt, wie wir es finanzieren, da kommt dann die Vermögenssteuer, nehme ich an, weil sonst geht es ja nicht. Nur Entlastung des Faktors A, weil das ist ja das, was normal die FPÖ macht, was du da sehr kritisierst, sagt, wo das Geld herkommt, also bitte, lieber Klaus, du wirst uns sicher noch sagen, wo das Geld herkommt und die Arbeit entlastet, mein Vorschlag wäre da Vermögenssteuer oder Ressourcensteuer, vielleicht hast du einen anderen, nur so Entlastung ohne Gegenvorschlag kann es ja nicht sein. Die Überregulierung ja ist immer ein schwieriges Thema, will in der Kürze nicht darauf eingehen, aber der Bedarf ist sicher eines Durchforstens auch der Landesvorschriften, vielleicht auch hier nicht nur die Sprache vom Landeshauptmann, vom Landeschef übernehmen, sondern mit ihm reden, er hätte es ja auf der Hand, hier einiges zu ändern. Aber das werdet ihr parteiintern sicher ausmachen können. Ein gründerInnenfreundliches Klima ja, das glaube ich, wollen wir alle. Ok, vielleicht noch zum Motivenbericht, muss ich ganz persönlich, rede ich namens der Grünen, wo ich oft nur den Kopf schütteln kann, aber es geht um den Antragstext. Zum Motivenbericht Unternehmerfreundlichkeit ist Konjunkturbelebung. Ja, das könnte sein, wir unterrichten das so ähnlich auf der Uni, aber da heißt es untere Einkommensschichten, weil die geben das Geld wieder aus, das geht weiter. Wenn alle Unternehmer arm sind, ich glaube es ja nicht, aber wenn die alle arm sind und es gibt

auch arme Unternehmer, dann macht das schon Sinn. Schicken wir sie in untere Einkommensschichten, dort bleibt nicht, dort verschwindet es nicht, sondern da geht es wieder in den Umlauf. Die Zuteilung mit ihren Steuern der Unternehmer, das ist schon sehr eigenartig, einerseits werden die ganzen Steuern den Arbeitnehmern vorgerechnet, ihr seid so teuer, wir zahlen so viele Lohnnebenkosten und dann sind sie wieder nicht die Steuern der Arbeitnehmer, sondern es sind die Steuern der Unternehmer, also ich glaube, da kommt einiges durcheinander. Aber was ist noch besonders lustig? Also echt erstaunt und nahe an der Verzweiflung bin ich, wenn jetzt herkommt die Beschwerde über übervorsichtige Banken. Inhaltlich kann ich da schon mit, aber hat denn die ÖVP keine andere Adresse für diesen Wunsch? Gibt es da überhaupt keine Zusammenarbeit, kein Nahverhältnis zu Banken, wo es eigentlich hingetragen gehört? Müsst ihr das im Grazer Gemeinderat deponieren? Ich sehe da keine Banker unter uns und die würden auf uns nicht hören. Also wenn hier zu Recht ein bisschen was gemacht werden soll, dann denke ich mir, da gäbe es einen besseren Adressaten, wo man das diskutieren muss. Ein Punkt, das ist eh der letzte dann, da sind wir ganz einer Meinung. Vielleicht verstehe ich es auch falsch, das weiß ich jetzt nicht genau. Diese Transferdatenbank gehört, wenn man von transparenten Umgangssteuergeldern reden wollen, wenn schon dann in beide Richtungen eingerichtet, das heißt, verstehe ich dich richtig, dass du jetzt eine Steuerdatenbank willst, wo man ganz genau sehen, wie viel die Unternehmer Steuern zahlen? Das finde ich echt klasse, dann würden wir endlich sehen, welche Unternehmen noch Steuern zahlen oder nicht, das finde ich super, also da bin ich voll dafür. Ich will nicht nur die Transferantiunternehmer sehen, sondern auch die Steuerleistungen der Unternehmer. Ich glaube, ich habe dich falsch verstanden, aber es ist kaum anders zu interpretieren, wie es dasteht, von Steuergeldern, von beiden Richtungen, ich kann mir nicht vorstellen, was du sonst meinst. Aber vielleicht kannst du das auch noch erklären. Die Transferdatenbank, wissen wir eh, das das ein Blödsinn ist. Ok, das sind einige der Dinge zum Motivenbericht, den ich sehr kritisch sehe, zum Inhalt Unterstützung von den Grünen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: War lustig, Gerhard Wohlfahrt, eigentlich sage ich dazu gar nichts, du hast die zwei Varianten, die es immer gibt, um etwas zu interpretieren, ich kann da jeden Satz herausnehmen und eine lustige Geschichte dazu erzählen und offensichtlich falsch verstehen. Deshalb keine weiteren Anmerkungen dazu. Ich hoffe, nur, dass Sie alle wissen, wenn Sie mich kennen seit einigen Jahren, ich weiß wohl, was mit Petitionen dieses Gemeinderats passiert, egal wohin man sie richtet, aber ich finde es durchaus auch einmal wichtig, dass man über solche Themen diskutieren, halte ich für besser als für so manche Dinge. Wir haben uns da, glaube ich, schon mit Raumfahrt beschäftigt und ähnlichen Dingen, könnte man durchaus auch einmal über Unternehmer sprechen. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Piratenpartei) angenommen.***

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.***

## **2) Sprachniveau als zusätzliches Punktekriterium bei Antragstellung für eine Grazer Gemeindewohnung**

GR. **Stöckler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Stöckler:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieso dieser Antrag jetzt? Ich habe schon vorhin eine hitzige Diskussion gehabt mit KollegInnen von den Grünen. Es ist populistisch, es ist diskriminierend, es ist rechtlich nicht haltbar usw. Wie wir letzten Herbst dankenswerterweise die neuen Richtlinien für die Zuweisungen von Gemeindewohnungen beschlossen haben, haben wir aufgeführt, wer vormerkungsberechtigt ist. Wir haben österreichische StaatsbürgerInnen, EU-BürgerInnen, Konventionsflüchtlinge, damit da kein Missverständnis im Motivenbericht aufkommt, langfristig daueraufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger und wir haben dazu einige weitere Voraussetzungen, unter anderem ein mindestens einjähriger Aufenthalt als Hauptwohnsitz in Graz. Wieso jetzt dieser Antrag? Wir haben in den letzten Jahren, und ich glaube, das ist unbestritten, in unseren Gemeindewohnungen Probleme durch die heterogene Durchmischung. Das heißt, wir haben aufgrund von sprachlichen Problemen, die leider vorhanden sind, ich glaube, es lässt sich nicht wegdiskutieren ein Problem, das oft zu Streitereien führt, weil man sich nicht verständigen kann. Wie soll jetzt das Ganze funktionieren? Wir brauchen im Prinzip eine sanfte Motivation, vielleicht im Punktekriterium, dass man auf die sprachlichen Leistungen eingehen kann, um Motivation und Kommunikationsfähigkeit der Bewohner untereinander vielleicht zu fördern. Um die Situation jetzt zu verbessern, soll man Anreize schaffen, dass man die Amtssprache, also Deutsch, in den meisten Fällen etwas leichter, ich möchte sagen eine sanfte Motivation bekommt, diese Sprache zu erlernen. Sie können mir glauben, aus dem eigenen Erfahrungsbereich, ich bin doch in der Präsidialabteilung im Zivilrecht dafür zuständig, wie wir mit den Wohnungs-, leider Kündigungs- und Räumungsklagen umgehen, es begegnen mir sehr viele Personen, wurscht welcher Herkunft oft, die wirklich oft nach mehrjährigem Aufenthalt, und das kann man aus dem zentralen Melderegister herauslesen, wirklich der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Da kann ich mir natürlich auch vorstellen, dass das in diesen Bereichen dann wirklich auch problematisch ist, Probleme untereinander in diesen Siedlungen zu lösen.

Welches Leistungsniveau soll man anstreben? Also wir stellen uns vor, dass man punktemäßig auf die Vergabe vielleicht, dass das A2-Niveau beziehungsweise B1-Niveau des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens herangezogen wird. Die Globalskala. A2-Niveau, was ist das? Routineinformationen zur Person, zur Familie, Einkaufen, Arbeit und nähere Umgebung. Man kann sich in einfachen Situationen routinemäßig verständigen. Ich glaube, das ist, dadurch dass die Personen schon mehrjährig hier sind, in den meisten Fällen auch wirklich zumutbar, dass man Anstrengungen unternimmt, Kurse besucht, um zumindest die Mindestanforderungen von A2 zu erlernen. A 2 ist übrigens auch das Niveau, stellt das Modul 1 der Integrationsvereinbarung dar, das innerhalb von zwei Jahren zu erlernen ist. Wie soll man jetzt weiter vorgehen? Ist es jetzt, und da kommt das Problem, ist es jetzt rechtlich, politisch ist es umstritten, keine Frage, ist es überhaupt rechtlich zulässig? Alle die genannten Personen, die ich vorher erwähnt habe, fallen unter verschiedenste Voraussetzungen, wir haben Artikel 66, Staatsvertrag von Saint Germain, Artikel 7, Gleichbehandlungsgesetz, BVG, Antidiskriminierungsgesetz, Artikel 18 usw. Es gibt ein Rechtsgutachten von Prof. Hauer, immerhin der Vorstand des Institutes für Verwaltungsrecht der Uni Linz, das sagt, sobald ein bestimmtes Niveau keine mittelbare beziehungsweise unmittelbare Diskriminierung aufgrund der Ethik darstellen, die Voraussetzungen erfüllt sind, dass man hier schon differenziert betrachten kann. Also die Kenntnis der deutschen Sprache als Kriterium der Wohnungsvergabe stellt in diesem Fall also das gelindeste Mittel dar, im Vergleich zu den Problemen, die oft auf uns zukommen, wenn man sich wirklich nicht in diesen Wohnanlagen verständigen kann. Somit wäre, und auch übrigens die Gleichbehandlungsanwaltschaft sieht das ähnlich. Die Kenntnis der deutschen Sprache als Kriterium der Wohnungsvergabe ist somit ein Mittel, das der Verhältnismäßigkeitsprüfung und sachlichen Rechtfertigung nicht entgegensteht. Auch kann der Zugang zu Leistungen, die über den Kernbereich der Sozialhilfe, das ist auch so ein Bereich in der Richtlinie, hinausgehen, beschränkt werden. Der Konsum

einer vergünstigten Wohnung stellt nämlich keinen Kernbereich der Sozialhilfe dar, weshalb auch dieser Bereich der Richtlinie nicht verletzt ist.

Deswegen, damit komme ich zum Schluss und um es nicht allzu akademisch machen und zu juristisch, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

### **dringlichen Antrag,**

Wohnen Graz und das Amt für Wohnungsangelegenheiten beziehungsweise die Dienststellen der Stadt Graz werden um Prüfung ersucht, ob die Voraussetzung „Deutschkenntnisse als zusätzliches Kriterium zur Erlangung einer Gemeindewohnung“ auch unter den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig und für die Stadt Graz umsetzbar ist. Falls dies positiv beantwortet werden kann, wird ersucht, den Passus „Deutschkenntnisse“ in die Vergaberichtlinien zur Erlangung einer Gemeindewohnung aufzunehmen sowie im Punktesystem zu berücksichtigen und dem Gemeinderat ein entsprechendes Stück zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte KollegInnen, liebe ZuhörerInnen! Dass ich nicht glücklich bin oder dass wir nicht glücklich sind über diesen Antrag, ist Ihnen klar. Das hat auch der Kollege schon gleich angemerkt. Vor einem halben Jahr haben wir die Richtlinien für die Gemeindewohnungsvergabe hier neu beschlossen und jetzt plötzlich dieser Antrag, der übrigens, das hat heute schon der Joachim Heinzl im Facebook gepostet, der ja sehr aktiv ist in diesem Bereich auch mit seiner Arbeit gegen Diskriminierung gleichlautend 2011 von der FPÖ in Wien gestellt worden ist, gleich argumentiert worden ist, auch der Hauer, das habt Ihr eh selber



gesagt, dass das kein unbedingt Grüner ist, der Jurist, den Ihr genannt habt, und es ist so, dass euer Antrag einfach treffgenau ist. Wir verstehen das Anliegen, auch wir teilen das Anliegen, dass es mehr soziale Durchmischung bräuchte, aber die Frage ist, wie erreiche ich das? Wenn ich auf eine Sozialwohnung warten muss, darf ich jetzt auch noch auf einen Deutschkurs warten, damit ich dann weiter auf die Sozialwohnung warten muss, weil so ist es einfach in Österreich und vor allem jetzt in Graz, wir haben Wahnsinns-Wartelisten für Deutschkurse. Es ist so, wen trifft diese Maßnahme? Deswegen bin ich auch sehr traurig, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, weil ich mich schon frage, ob ihr diesen Antrag eigentlich mit dem Herrn Bürgermeister diskutiert habt. Dem Herrn Bürgermeister sind, was ich weiß, die syrischen Flüchtlinge ein Anliegen, die syrischen Flüchtlinge erhalten relativ schnell, Gott sei Dank, einen Anerkennungsstatus bei uns. Es ist aber so, dass sie in dieser kurzen Zeit natürlich nicht Deutsch lernen können und in dieser kurzen Zeit auch nicht den Zugang haben, also es widerspricht eigentlich eurer eigenen Politik. Aber ich meine, es ist halt schon öfter gefallen, dass es um Wahlkampfgeplänkel geht und im Moment geht es sehr um Wahlkampfgeplänkel, weil Ihr versucht, rechts die FPÖ zu überholen. Ist die Frage, ob es euch gelingen wird. Was noch dazukommt ist, jene Gruppe, die es am schwierigsten hat, es geht darum, dass jene Gruppe, die es am schwierigsten hat, sich eine Existenz aufzubauen, der wollt ihr den Zugang zu leistbaren Wohnungen verwehren. Das ist einfach so unter jeglicher Kritik und wenn ihr... also ich kann das durchaus wertschätzen, Peter, dass du da versuchst, verfassungsjuristisch und juristisch zu argumentieren, aber auch ich kann juristisch argumentieren, der Klagsverbandchef, der Volker Frei, der ist ja derjenige, bei dem die Diskriminierungsopfer landen, für all jene, die das nicht wissen, der hat die Expertise rausgegeben und das kommt auch von der Antidiskriminierungsstelle in der Steiermark, also in Graz, mit der solltet Ihr vielleicht auch einmal reden, dass das Recht auf Wohnen ähnlich, ich lese das jetzt einmal vor, der Klagsverband Expertiserecht und Wohnen, argumentiert Volker Frei, wonach die Zielsetzung einer ausgewogenen ethnischen Durchmischung von Wohnsiedlungen selbst keine Verletzung des Diskriminierungsverbots darstellt.

Allerdings kommt Frei zu einer schärferen Schlussfolgerung als die Gleichbehandlungsanwaltschaft, die ja du auch zitiert hast, wenn er formuliert, dass es im Rahmen der entsprechenden Zielerreichung zu keiner wie immer gearteten Benachteiligung, zum Beispiel von Personen mit unzureichenden Deutschkenntnissen kommen darf. Und um das geht es, Ihr diskriminiert Menschen zusätzlich, wenn Ihr ihnen Deutschkenntnisse vorschreibt auf ein Niveau, wo ich mich frage, welche Sprachen könnt ihr auf Niveau B1, B2? Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Stöckler! Wir haben, das ist jetzt eh schon auch angesprochen worden von meiner Vorrednerin, erst vor kurzem eine Diskussion, eine Beschlussfassung gehabt über eine Diskussion, die ja über ein Jahr lang gedauert hat. Wo man über die Richtlinien, die Punktevergabe usw. sehr intensiv diskutiert haben und diese sind ja erst vor wenigen Wochen in Kraft getreten. Es hat dort meines Wissens oder meiner Erinnerung nach niemand dieses zusätzliche Kriterium verlangt, weder die ÖVP noch die FPÖ haben eine derartige Forderung dort eingebracht. Zehn Tage vor einer Wahl stellt sich mir die Frage, ob ich da nicht einen leichten Hauch von Wahlkampf spüre und beziehungsweise ob es sich da nicht auch um einen meines Erachtens untauglichen Versuch handelt, die FPÖ ausbremsen zu wollen. Ich möchte ganz kurz doch auch inhaltlich eingehen. Also es geht im Wesentlichen um vier Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, die davon betroffen sein könnten. Es handelt sich zunächst einmal, mag sich vielleicht erstaunlich anhören, natürlich auch um österreichische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, da haben ja auch manche einen migrantischen Hintergrund, haben erst die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten, da ist es aber natürlich klar, also die müssen natürlich, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen, müssen sie Deutschkenntnisse vorweisen. Die zweite Gruppe ist die der EU-Bürger und -Bürgerinnen, dabei handelt es sich allerdings nicht um Drittstaatsangehörige, sondern

die sind natürlich gleich zu behandeln wie österreichische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Die auch bereits angesprochenen Konventionsflüchtlinge haben einen, natürlich aufgrund ihres Status, einen Sonderstatus, wo die Sprachkenntnisse keine Rolle spielen sollten. Es bleibt dann noch die vierte Gruppe der sogenannten daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen. Seit rund fünf Jahren gibt es die Rot-Weiß-Rot-Karte, für deren „Erwerb“ unter Anführungszeichen es ja auch notwendig ist, Deutschkenntnisse, ich glaube auch auf B1-Niveau, abzulegen. In dem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, die Kosten für die Prüfung alleine betragen rund 140 Euro und auch da, dazu kommen natürlich noch Kosten für einen allfälligen Vorbereitungskurs und da stellt sich natürlich dann auch die Frage, wer soll diese Kosten dann tragen? Soll es so sein, dass gerade Menschen, die also eine Gemeindewohnung brauchen, auf eine angewiesen sind, um günstiger wohnen zu können, die eben über kein hohes Einkommen verfügen, noch derartige Kosten auferlegt bekommen sollen? Und ein Punkt ist meines Erachtens auch noch nicht unwichtig oder uninteressant. Es geht natürlich dabei immer nur um den Antragsteller oder die Antragstellerin, das heißt aber bei einer mehrköpfigen Familie beispielsweise „genügt“ es dann unter Anführungszeichen, wenn der Antragsteller selbst diese Sprachkenntnisse hat, die Kinder, die Ehefrau oder auch der Ehemann, wenn die nicht Deutsch können oder nicht ausreichend Deutsch können, bleiben die Probleme natürlich, die sprachlichen Probleme und Barrieren natürlich bestehen, ohne dass es hier....

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Eber, könnten Sie bitte zum Schluss kommen.

GR. **Eber**: Ich komme zum Schluss. Nicht überraschend werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages nicht zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtsenatsmitglieder! Wir haben uns auch Gedanken gemacht darüber, was eigentlich Wahlen alles bewirken können und wir sehen es anders. Deutsch als Verpflichtung kann auch ein Ansporn sein, Deutsch zu lernen und so muss man das auch sehen und ich kenne Sportvereine, wo Trainersprache dort und Umgangssprache dort Deutsch ist und die spielen dort gerne Fußball, sehr, sehr gerne und das ist eine Motivation dazu. Und hier werden die Jugendlichen dazu angehalten, Deutsch zu lernen und die machen das mit Freude und so soll man das auch sehen. Wir, ich nehme es vorweg, vor dem Hintergrund europarechtlicher Vorgaben, die die kommunale Gebietskörperschaft auch im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung zu einer Gleichstellung von daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und österreichischen Staatsbürgern verpflichtet, erlaube ich mir festzuhalten, dass die freiheitliche Partei diese Entwicklung seit ihrem Beginn mit großer Skepsis und Besorgnis verfolgt hat. Der juristische Status quo ist nunmehr aber so zu akzeptieren. Was nun die konkrete Forderung der ÖVP nach Deutschkenntnissen als zusätzliche Kriterium im Rahmen des Punktesystems betrifft, so darf festgehalten werden, dass wir diesen Schritt sehr begrüßen und der Dringlichkeit und dem Inhalt gerne zustimmen werden. Man sieht, dass politische Hartnäckigkeit und gute Argumente auch den politischen Mitbewerber umstimmen können, wie dies auch bereits in den Bundesländern Oberösterreich, Kärnten und Vorarlberg geschehen ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grossmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Gestattet mir eine Vorbemerkung dazu, weil ich es immer wieder höre in den Wortmeldungen, nicht nur hier, sondern grundsätzlich und allgemein und weil ich es seit Jahren, ja mittlerweile leider schon Jahrzehnten, höre. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der freiheitlichen Partei, bei aller Wertschätzung, aber so wichtig seid ihr nicht, das ihr bestimmend seid für jedes einzelne politische

Thema und deshalb ist es mir auch eigentlich nicht wirklich wichtig zu fragen, was die freiheitliche Partei zu diesem Thema sagt oder nicht oder was sie dazu sagen könnte und welche Haltung sie haben könnte. Sondern die Sozialdemokratie ist ausreichend in der Lage, zu politischen Fragestellungen selbst eine Fragestellung zu beziehen und ich denke, es würde uns in Summe in der politischen Gestaltung dieses Landes gut tun, nicht immer danach zu fragen, was der Herr Strache oder wer sonst auch immer aus der freiheitlichen Partei zu dem einen Thema sagen könnte oder auch nicht. Aber zum Thema selbst. Ich glaube, dass wir eine künstlich wahrscheinlich aufgeregte Debatte führen hier im Gemeinderatssaal über eine Fragestellung, die uns eigentlich allen gemeinsam bereits einmal begegnet ist, nämlich die Frage, wie können wir Konflikte im Zusammenleben am besten vermeiden oder lösen, wenn sie bereits entstanden sind? Ganz simpel, wir reden miteinander und um miteinander reden zu können, ist es erforderlich, dass man sich auch verstehen kann. Manches Mal hat man die gleiche Sprache und spricht trotzdem aneinander vorbei, wie wir das in der politischen Tätigkeit immer wieder einmal erleben. Aber das liegt dann daran, dass man vielleicht weder verstanden werden möchte, noch verstehen möchte. Aber wenn man miteinander redet, dann kommt man sich näher. Und deshalb sehen wir diese Fragestellung sehr, sehr unaufgereggt und ausgesprochen pragmatisch. Es ist uns wichtig, dass Menschen in der Lage sind, im Zusammenleben miteinander reden zu können. Und der Antrag, so wie er uns vom Peter vorliegt, sagt nichts anderes als dass wir prüfen sollen, um festzustellen, ob wir dann, wenn es sozusagen eine gute Möglichkeit gibt, miteinander zu reden, Menschen, die sich um eine Gemeindewohnung bewerben, und da muss man auch natürlich am Teppich bleiben, es geht nicht darum zu fragen, ob jemand grundsätzlich eine Wohnung bekommen darf oder nicht, sondern Menschen zu bevorzugen beim Zugang zu einer Gemeindewohnung oder zu einer Übertragungswohnung dann zu bevorzugen, wenn sie sich bereits in der Wartezeit auf diese Gemeindewohnung darum bemüht haben, dieses Sprachniveau zu erreichen, dass Konflikte gar nicht erst entstehen können, dass sie sich verständigen können, dass man miteinander reden kann und dass man auch

eine gut nachbarschaftliche Beziehung führen kann und deshalb sehen wir diesen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt positiv und werden ihm auch zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Stöckler**: Also prinzipiell danke einmal für die interessanten Wortmeldungen. Ich möchte vielleicht zur Astrid noch etwas sagen. Die Gleichbehandlungsbeauftragte und die Gleichbehandlungsanwaltschaft sieht das unterschiedlich als der Kollege Frei, den du vorher zitiert hast. Also der sieht das sehr restriktiver und jetzt möchte ich nur ganz zum Abschluss sagen: In Wien haben sie viel härtere Kriterien noch, das heißt, wir haben zumindest zweijährige Wartezeit und du hast mir vorher gesagt, wenn wir jetzt einen Kurs hätten, dann kommen wir auf fast zwei Jahre, die wir dann warten müssten, so überholen wir nicht die FPÖ rechts, sondern die Grünen in Wien links, weil wir viel weniger lang warten müssten. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird ständig in den Redebeiträgen vermittelt, dass es keine rechtliche Grundlage gibt und man quasi eine zusätzliche Kriterienverschärfungen quasi verpflichtende Maßnahmen setzen muss, um Deutsch zu verbessern bei den Migranten und Migrantinnen. Das ist schlicht und weg falsch, weil es gibt die rechtliche Grundlage, es gibt die Integrationsvereinbarung seit 2003 mit Verschärfungen 2009, 2011 in Richtung Erhöhung auf Sprachniveaunachweis B1. Wenn jetzt jemand sagt, ja aber die können immer noch nicht entsprechend miteinander reden, ist es erstens einmal nicht eine

Sache dessen, wie gut ich die Sprache spreche ausschließlich und das Zweite ist, dass es natürlich für Menschen, die schon längerfristig da sind, ja das anders geregelt war. Aber auf alle Fälle finde ich das jedes Mal aufs Neue ärgerlich, wenn man mit was argumentiert, was eigentlich nicht richtig ist und ich kann die soziale Situation und eine Durchmischung aus meiner Sicht, wenn ich eine andere Perspektive wähle, viel mehr verbessern und leider ist der Bedarf an leistbarem Wohnraum in den letzten Jahren aufgrund der gesellschaftlichen Situation so gestiegen, also ich kann es dann ändern, wenn ich mehr leistbaren Wohnraum für die Menschen auch irgendwie baue, sicherstelle und Wohnen ist für mich ein Menschenrecht und ich halte es auf der kommunalen Ebene für einfach mehr als ärgerlich und kontraproduktiv, noch zusätzliche verpflichtende Maßnahmen, die restriktive Maßnahmen auch sind und zur sozialen Ausgrenzung beitragen, das halte ich für extrem problematisch, falsch und kann ich nie und nimmer in der Form teilen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste! Ich bin zwar erst neu jetzt im Gemeinderat, aber ich habe gestern bei dem Antrag zweimal hinschauen müssen, weil ich mir gedacht habe, es kann nicht sein, ich habe mir immer gedacht, diese Anträge kommen von der FPÖ und nicht von der ÖVP. Das war etwas überraschend für mich. Jetzt zum Thema. Sprache ist ein wichtiger Schlüssel für die Integration, das kann keiner besser sagen als ich selber, wie Sie wahrscheinlich an meinem Akzent hören können, ich bin selber Migrantin und lebe seit einigen Jahren hier in Graz. Das will ich nicht abstreiten, man braucht die Sprache, um sich am Arbeitsmarkt zu orientieren, um in der Gesellschaft Schritt zu fassen und es reicht oft nicht, dass man nur schlechte Deutschkenntnisse hat, sondern man braucht wirklich auch ausreichende Sprachkenntnisse. Aber in den Wohnungsanlagen der Stadt Graz, glaube ich nicht, dass die Sprache irgendwie das Problem darstellt, also das kann ich einfach wiederum aus persönlichen Erfahrungen sagen. Es sind oft Konflikte des täglichen Zusammenlebens,

wie zum Beispiel die Mülltrennung, der Lärm, die Kinder spielen nicht so, wie es die Eltern gerne hätten und das sind keine sprachlichen Probleme. Oft ist es so, dass diese Probleme auch in Siedlungen auftreten, wo es keine Migranten gibt, dann frage ich mich, wie kommunizieren diese Menschen miteinander und da würde ich eher in die Richtung gehen, dass man verstärkt die Schiene fährt, dass man das Gemeinwesen fördert, die Siedlungsbetreuung und nicht, dass man noch mehr Konflikte zwischen den Menschen schafft, indem man sagt, man muss eben dieses B1-Niveau vorweisen. Es gibt in der Stadt Graz eine hohe Nachfrage nach Gemeindewohnungen, die Wartezeit ist oft sehr lange und da denke ich mir, dann kommt noch dieses Sprachkriterium dazu, ich meine, ich verstehe das einfach nicht, ich selber finde diesen Antrag sinnlos, ganz ehrlich, und menschenverachtend und dann dazu noch ein paar Fakten. Es ist bereits so, dass man jetzt nach zwei Jahren Aufenthalt ein Sprachniveau von A2 aufweisen muss und wenn man sich um einen unbefristeten Aufenthalt bemühen möchte beziehungsweise den hat, dann muss man bereits das Niveau B1 vorweisen. Also das heißt, diese Leute, die das Visum verlängern müssen, die müssen das sowieso vorweisen, deswegen verstehe ich diesen Antrag wiederum nicht. Das heißt, für mich ist die Lösung eher in der Förderung der Gemeinwesenarbeit beziehungsweise der Siedlungsbetreuung und nicht im Bereich des Sprachniveaus B1. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

**GR. Rajakovics:** Jetzt muss ich auch was dazusagen, weil ich gelte nicht ganz als Rechts-Außen unserer Partei. Also ich verstehe die Diskussion über das Problem, dass man das ins Punktesystem mithineinnehmen will, überhaupt nicht. Es geht erstens einmal darum, dass es für alle gilt, theoretisch auch für Österreicher, ganz besonders aber auch für EU-Bürger, die sind ja alle gleichgestellt und ich glaube schon, dass es ein Thema ist, dass manches an der Sprache scheitert in einem Zusammenhang, wo sehr viele Menschen zusammenkommen, die ja meistens noch mehrere andere Probleme



haben, sonst würden sie nicht eine Gemeindewohnung beantragen. Zumindest haben sie einmal deutlich weniger Geld als vielleicht der Durchschnitt in Graz und daher ist es wichtig aus meiner Sicht, dass Menschen, die in so einem Zusammenhang zusammenleben sollen, auch zumindest miteinander reden können müssen und nicht mehr und nicht weniger wollen wir festgeschrieben wissen, wobei es nur ein Kriterium ist. Wenn es, wie gerade gehört, eh nicht das Problem ist, ich weiß auch, dass es sehr viele andere Probleme auch noch gibt im Zusammenleben, wenn das nicht das Problem ist, dann ist es auch kein Problem, dass wir es hineinschreiben, dann kann man durchaus dem Ganzen zustimmen. Aber Faktum ist festzuhalten, wenn ich möchte, dass Menschen zusammenleben können und da ist vor allem Miteinander-Reden-Können, dann brauchen wir eine gemeinsame Sprache und dass wir auf das großen Wert legen bei allem, was wir gerade auch im bilingualen Bereich, im Fördern auch der Muttersprache etc. ja sehr wohl in Graz machen. Es hat ja keiner gesagt, dass alle nur Deutsch können müssen, wir haben auch immer betont, dass Sprachen an sich einen großen Wert darstellen, aber wenn ich möchte, dass Menschen in sowieso schwierigen Situationen auf relativ engem Raum, wie es Häuser oder Siedlungen darstellen, ordentlich zusammenleben können, da ist eine Voraussetzung, dass man miteinander reden können und sich gegenseitig verstehen und das wollen wir durch ein klares Kriterium, das auch Punkte bringt, festlegen. Nicht mehr und nicht weniger und daher ist das weder menschenverachtend, noch ist eine Zumutung, sondern ist eigentlich eine ganz klare und logische Konsequenz dessen, dass wir ja eine andere Durchmischung von Gemeindewohnungen wie, was ja auch bei uns schon öfter diskutiert worden ist, wenn wir einen Teil verkaufen, dann neue Gemeindewohnungen damit bauen, damit man insgesamt zu einer anderen Durchmischung kommen. Wir haben da ja keine anderen Kriterien eingeführt, also ist eine logische Konsequenz, man sagt, na bitte, ein Kriterium sollte auch, und wenn man es nicht diskutiert haben, in den Kriterienkatalog, dann haben wir es halt jetzt eingebracht, sollte auch dieses Thema Leistung durch Integration sein und da ist die Sprache ganz einfach ein ganz

wesentlicher Punkt. Und damit wollen wir niemanden diskriminieren, das gilt nämlich für jeden, der sich für eine Gemeindewohnung bewirbt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Jetzt bin ich auch herausgefordert, ein paar Worte zu sagen. Also ich finde das schon ein starkes Stück, das als menschenverachtend hinzustellen, weil das Gastland im Sinne des Zusammenlebens Deutschkenntnis einfordert. Was Sie da machen, Sie prolongieren ja in Wirklichkeit oder Sie senden Signale aus, dass weiterhin unqualifizierte Zuwanderung und weitere problematische Zuwanderung unser Land passiert und das ist das, was wir nicht wollen. Also ein bisschen ein Selbstbewusstsein, auch gewisse Regelungen und auch die deutsche Sprache, die die Schlüsselqualifikation schlechthin darstellt, einzufordern, also ich glaube, das sollte man schon verlangen, um auch in Zukunft die Probleme auch entsprechend, die es ja nicht nur im Gemeindebau gibt, sondern überall auf der Straße und wenn Sie mit den Bürgern reden, dann werden Sie das auch bemerken, dass man die in Zukunft auch eindämmen kann. Und, lieber Kollege Grossmann, wenn du sagst, dass so quasi die FPÖ die Themenführerschaft hat oder die Themen bestimmt. Ein bisschen eine Genugtuung wirst du uns ja wohl auch zugestehen können, das ist ein Thema, das wir seit Jahren auch hier in Graz einfordern, das jetzt auch praktiziert wird mittlerweile in Oberösterreich, wo freiheitliche Verantwortung in diesem Bereich auch gelebt wird, da ist das erfolgreich auch umgesetzt worden. Wien ist so ein Beispiel und uns geht uns ja gar nicht darum, dass wir jetzt da auch an die große Glocke hängen, sondern uns geht es einfach darum, dass wir diese Überzeugung auch dem politischen Mitbewerber es ermöglichen wollen, dass der zu dieser Überzeugung gelangt und das ist jetzt in Graz passiert seitens der ÖVP, sie ist aufgewacht, sie hat das erkannt und das erfreut uns und es freut uns auch, lieber Kollege Grossmann, dass ihr von der SPÖ das genauso auch erkannt habt, dass die Sprache im Zusammenleben eines der wichtigen Dinge ist (*Applaus FPÖ*). Ich meine, es ist ja gut, wenn man auch gegenseitig es schafft, voneinander zu lernen, weil es ist ja

auch in der Frage der Integrationsunwilligkeit geschehen. Der Landeshauptmann Voves auch diese Kommission eingerichtet. Noch vor fünf Jahren bin ich in Diskussionen gesessen, da hat es geheißen, und die Integrationsunwilligkeit, das gibt es überhaupt nicht, das ist ein Hirngespinnst der Freiheitlichen. Mittlerweile ist auch der Landeshauptmann draufgekommen, dass es das gibt und dass es jetzt eine Kommission gibt, die auch darüber berät, über Sanktionen bei Integrationsunwilligkeit nachzudenken. Das heißt, man sieht schon, wohin auch sanfter politischer Druck seitens der FPÖ führt. Ich glaube, was dieses spezielle Thema betrifft, Deutsch als Voraussetzung für eine Gemeindewohnung, ich glaube, da sollte man das einfach positiv sehen, so wie das mein Kollege Rudi Moser gesagt hat, einfach den Ansatz wählen, fordern und fördern. Ich glaube, wenn man das einhält, dann ist am gedeihlichen Zusammenleben auch im Gemeindebau steht dem nichts im Wege. Aus unserer Sicht soll es, was das betrifft, noch weiter gehen, weil in erster Linie, und das müssen wir uns auch einmal anschauen, wenn man sich die Wartelisten der Gemeindewohnungen anschaut, wenn es nach uns geht und ich glaube, vielleicht schaffen wir es auch in dieser Hinsicht, noch auf Zustimmung zu stoßen, sollte das in erster Linie den Grazern vorbehalten bleiben und zwar die, die schon lange hier arbeiten und vor allem lange schon wohnen. Ich glaube, wenn man auch in diese Richtung noch Druck ausüben können, dann sind wir auf dem richtigen Weg, was das Zusammenleben im Gemeindebau anbelangt (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker:** An den Aussagen von Herrn Gemeinderat Sippel sieht man, was passiert, wenn die ÖVP unterstützt von der SPÖ der FPÖ in Graz den blauen Teppich ausrollt (*Applaus Grüne*). Es ist doch sehr bezeichnend, dass ich in den letzten Wochen bei diversen Veranstaltungen, und es gab ja auch eine Pressekonferenz vom Bürgermeister, bei Veranstaltungen, wo es zum Beispiel um 70 Jahre nach dem Nationalsozialismus ging, da habe ich eine vor mir, wo die Frau Vizebürgermeisterin und der Bürgermeister sehr aufgebracht über die mehr als fragwürdige Aussendung der FPÖ, die mehr als verhetzend ist, sich empört haben vor dem entsprechenden

Publikum. Heute erleben wir hier, dass hier nach dem Wunsch der FPÖ beziehungsweise sogar nach dem Text ein Antrag eingebracht wird, um dieses Auseinanderdividieren in der Stadt voranzutreiben und hier, wie gesagt, die ÖVP mit der SPÖ gemeinsame Sache macht, um blauer Politik den Hof zu machen.

Was heißt das, wenn man Zusammenleben so gestalten will, dass man Konflikte von vorneherein ausräumt? Wenn wir jetzt hergehen und die Gemeindewohnungen als einen Ansatz sehen, wo Städte nach sozialen Kriterien Wohnungen vergeben, weil das ist der ursprüngliche Ansatz. Einkommen, Lebensform, Lebenssituation ist die Voraussetzung dafür, einen Anspruch zu erwerben oder nicht und das ist im Punktesystem geregelt. Wenn wir jetzt ein Gemeindewohnungssystem einführen wollen, das von vorneherein Konflikte vermeidet, dann dürfen wir in Zukunft keine Menschen mit Kindern in Gemeindewohnungen lassen, dann dürfen wir in Zukunft keine Leute mit Hunden in Gemeindewohnungen lassen, dann müssen wir in Zukunft womöglich nach Religion, nach Leuten, die mehr Gäste einladen usw. unterscheiden und das ist eine Büchse, die damit aufgemacht wird und das hat der Herr Sippel eh schon vorgezeichnet, als Nächstes geht es wieder darum, wer sind die Grazer und Grazerinnen, die einen Anspruch haben sollen oder nicht? Diese Büchse habt ihr heute mit aufgemacht und das zehn Tage vor einem Wahlkampf, in dem es wirklich darum geht, in welche Richtung sich dieses Land entwickelt, ein Zeichen, das düster ausschaut (Applaus Grüne), also insofern möchte ich noch einmal ganz klar sagen, es geht um soziale Kriterien beim Gemeindewohnbau und die Frage, ob man Deutsch kann oder nicht, ist wichtig, dazu braucht es entsprechende Unterstützung und beim Zusammenleben braucht es andere Maßnahmen, als Menschen von vornherein auszugrenzen (*Applaus Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Da das doch breiter diskutiert wird, möchte ich mich da nicht verschweigen. Zuerst habe ich gedacht, es reicht, wenn mein Kollege eine Wortmeldung sagt und es

gehört ein bisschen vielleicht eine Vernunft hinein, weil er hat versucht, es sehr sachlich hier darzustellen und die Kollegin Ribo, die selbst sozusagen aus Erfahrung spricht, das weiß ich, jetzt leider nicht mehr Mieterin von uns ist, hat das eigentlich sehr gut auf den Punkt gebracht, nämlich worum es meistens im Zusammenleben von Menschen geht. Es sind Hauptthemen, die kennen Sie, wie sie richtig gesagt hat auch, wichtig ist nämlich Stadtteilarbeit, Gemeinwesenarbeit, dass man für die Menschen da ist vor Ort, wenn sie Probleme haben. Da ist einerseits, wenn es um Sicherheitsprobleme geht, die Polizei zuständig, ich würde euch bitten, dass ihr die Zwischenkommunikation jetzt einstellt, könnt eh nachher reden, und auf der anderen Seite das Friedensbüro und den Nachbarschaftsservice, das in vorbildlicher Weise hier agiert und nämlich sofort. Die Hauptprobleme sind tatsächlich Lärm, Müllprobleme und beim Lärm, leider muss man ja mittlerweile sagen, ist Kinder, wenn Kinder lachen und spielen draußen wird als Lärm und als leidhaft gesehen, aber das ist auch ein Problem in Innenhöfen die Nutzungskonflikte zwischen Erwachsenen, älteren Menschen und jüngeren. Das sind die drei Hauptfelder und das und das möchte ich jetzt doppelt unterstreichen und ich habe gesagt, 15 Jahre lange Plädoyer hat gereicht irgendwann, diese Probleme sind nicht nur in unseren Gemeindewohnhausanlagen, meine Damen und Herren, die haben sie in ganz Graz. Gehen sie bitte einmal in die Josefigasse letzte Woche, ihr seid ja eh bei allen Infoständen, redet mit den Eigentümern dort von den Eigentumswohnanlagen, wie dort das Zusammenleben ist. Hundertmal schlimmer als wie es in unseren Gemeindewohnhausanlagen sein könnte und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir eh täglich für sie da sind. Was glauben Sie, wenn irgendeiner mit seinem Nachbarn ein Problem hat, wo die anrufen? Bei uns im Büro und wir reden da nicht mit der ÖVP-Sprache, sondern wir reden mit den Leuten Deutsch (*Applaus KPÖ*). Sie sehen jeden Tag da drüben bei uns die Leute sitzen, alle Nationalitäten, was glaube Sie, dass wir mit ihnen Tschetschenisch, Türkisch oder Arabisch reden, wir reden mit ihnen Deutsch und das muss man auch annehmen können. Und sage ich Ihnen noch etwas, wir haben, weil wir wissen, dass das Angebot an der deutschen Sprache zuwenig ist und da gebe ich allen Recht, die das einfordern.

Natürlich ist es wichtig, dass man die Sprache kann, keine Frage, aber dann muss man den Menschen, wenn sie zu uns kommen, am Beginn auch diese Möglichkeit geben, nämlich sofort, es gibt Beispiele Portugal, Skandinavien, wo das ist und nicht die Leute da 20 Jahre schöpfen lassen, dass sie nicht wissen oft, wie sie umkommen und wann sie einen Deutschkurs überhaupt besuchen sollen. Wir bieten jetzt gratis Deutschkurse von der KPÖ an.

***Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Wir auch.***

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Pensionisten, die gratis hier ihre Deutschkenntnis zur Verfügung stellen. Nach einem Tag haben wir müssen das stoppen, weil sich über 70 Menschen hier quer allen Alters, von Studierenden bis hin zu Arbeitern, gemeldet haben. Das machen sie nicht, wenn sie kein Interesse haben, nicht Deutsch zu lernen. Aber, was ist das Problem, sie können unter der Woche nicht, das ist alles am Samstag und Sonntag und in die Richtung müssen wir denken und diese Angebote ausweiten und dann kann man natürlich, da ist es eh alles richtig, was Sie gesagt haben, dass Deutsch natürlich wichtig ist, aber das über die Gemeindewohnungsmieter und über die Richtliniendebatte zu lösen, das ist eine Sauerei, weil in Wirklich haben die Menschen sozialpolitische Probleme, sie haben Angst um den Arbeitsplatz, auch ältere Menschen, reden Sie einmal und das können Sie mir da nicht absprechen.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Potzinger: Sauerei gibt es hier nicht.***

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Auch die KPÖ wird Mehrheiten zur Kenntnis nehmen müssen.***

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Doch, das sage ich jetzt noch einmal, das ist eine Sauerei, weil das ist verlogen. Dann werde ich jetzt noch deutlicher. Es ist auch, der Antrag ist ja von der ÖVP gekommen, wissen Sie, wie oft ich Interventionen bekomme von Ihrer Fraktion, von Bezirksmandataren und Gemeindemandataren und jetzt erst vor zwei Wochen vom Kollegen hier auf der Stadtregierung, wenn Sie es hören, wollen über Familien, wieso die nicht schneller eine Gemeindewohnung kriegen. Vor kurzem eine siebenköpfige Familie, zwei Erwachsene, fünf Kinder, alle erhalten dieselbe Antwort, die Wartezeit ist einzuhalten wie für jeden anderen. Aber weil Sie halt direkt zu euch gekommen sind oder euch angesprochen haben, dann tut man intervenieren, aber gefragt ist nicht geworden, ob der Deutsch kann oder nicht und in dem konkreten Fall zuletzt vor zwei Wochen hat sie gut Deutsch können, er aber nicht. Wenn wir dem jetzt folgen würden, müsste man sagen, stopp, die kriegen gar keine. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*)

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Molnar**: Frau Stadträtin Kahr, ich gratuliere Ihnen, dass Sie auch unserem Vorbild folgen und Gratis-Deutschkurse anbieten, weil die ÖVP macht das jetzt schon länger für Ungarisch, Rumänisch und Serbisch, das haben wir schon gestartet, also ich gratuliere Ihnen, dass Sie unserem Vorbild folgen.

*Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Wir machen das schon seit zehn Jahren.*

GR. Mag. **Molnar**: Das Zweite, was ich gleich ansetzen möchte, auch Kollegen Sippel möchte ich auch ein bisschen fragwürdig sein, ich kann mich erinnern, bei der vorletzten Gemeinderatssitzung war die freiheitliche Partei jetzt nicht unbedingt begeistert für die Einführung von Deutschkursen für Kinder, da frage ich mich auch, die Förderung...

*Zwischenruf GR. Mag. Sippel unverständlich.*

GR. Mag. **Molnar**: Nein, da war die Förderung im Kindergarten mit der Sprache. Also muss ich auch sagen, da...

*Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Muttersprache, das lehnen wir ab.*

GR. Mag. **Molnar**: Nein, da war nicht Muttersprache, da war sprachliche Frühförderung, da wart ihr nicht dabei. Also da muss ich schon sagen, da ist ein bisschen für mich dann einerseits das zu fordern und andererseits dann abzulehnen, das ist jetzt nicht konsequent. Der Frau Kollegin möchte ich nur ganz kurz, ich bin zwar in Österreich geboren, aber ich bin in Graz der Obmann einer der ältesten



Migrantenvereine, den es in Graz gibt und da muss ich ganz offen sagen, ich, wir bieten, der Grazer ungarische Verein, permanent jetzt Sprachkurse an, weil wir sehen, dass Leute mit null Sprachkenntnissen hierherkommen und das geht nicht. Ich muss mich für das Land vorbereiten, wenn ich komme und wenn ich zwei Jahre hier bin, ich habe ungefähr eineinhalb Jahre Warteliste, wenn ich in eineinhalb Jahren es nicht schaffe A1, das sind grundlegende Dinge, dann habe ich hier kein Interesse, in diesem Land hier zu leben, das ist das Minimum, was ich erreichen muss in A 1, das ist das Minimum (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Wir reden jetzt nicht von B irgendwas, sondern A1, das ist nicht fair, wenn wir das jetzt reden, wenn ich hier bin und ein Engagement habe, dann kann ich das nach einem halben Jahr ohne Probleme erreichen und das ist dann überhaupt kein Problem, wenn ich dann quasi um eine Gemeindebauwohnung hier ansuche und so offen muss man hier die Diskussion führen. Danke (*Applaus ÖVP*).

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist ja nicht zur Dringlichkeit, wir sind beim Antrag.

*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Also jetzt geht es um die Erweiterung der Debatte. Sind damit alle einverstanden?

*Die Erweiterung der Debatte wurde einstimmig angenommen.*

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Ich freue mich, dass wir jetzt weiterdiskutieren und ich freue mich auch, dass wir dieses Thema auch sachlich bis jetzt diskutiert haben. Die Elke Kahr hat schon ein bisschen eine Emotion reingebracht, aber...

*Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Das ist wohl logisch.*

StR. **Hohensinner**, MBA: Es gibt in Siedlungen Konflikte aufgrund der fehlenden Sprache. Wer das bestreitet, begeht Realitätsverweigerung, liebe Elke, und du hast angerissen, welche Probleme in den Siedlungen vorherrschen, du hast die drei größten Probleme angesprochen, da gebe ich dir vollkommen Recht, aber es ist so, wenn die Probleme da sind, wollen die Leute miteinander reden und die Probleme auch lösen und wenn da die Sprache nicht vorhanden ist, ist es ein Problem. Ich möchte auch zu dir was sagen, Astrid, du hast gesagt als Beispiel die syrischen Flüchtlinge, die sehr schnell einen Status bekommen und die werden nachher benachteiligt. Es ist so, dass wirklich alle gleich behandelt werden mit unserem Vorschlag, nämlich es ist schon jetzt in den Kriterien festgeschrieben, dass man ein Jahr in Graz gemeldet sein muss und erst dann kann man eine Wohnung beantragen. Deswegen verstehe ich dein Argument überhaupt nicht. Was das Argument betrifft...

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Die es schon schwer haben, die haben es dann noch schwerer.***

StR. **Hohensinner**, MBA: Also ich denke, ein Jahr lang, wer ein Jahr lang Zeit hat, einen Deutschkurs zu besuchen, sollte das A2-Niveau auch erreichen, das ist so. Was die Sprachkurse betrifft, da wissen wir, dass wir sicher nicht zu viele Sprachkurse anbieten, also wir sind ständig bemüht, dass wir mehr Sprachkurse anbieten können. Da arbeiten wir auch mit der Bettina Vollath zusammen. Wir werden das Projekt Startpunkt Deutsch relativ bald jetzt vorstellen, wo es alle Bürger sich anschauen lassen können, wie die Sprachkenntnisse sind und dann auch einen passgenauen Sprachkurs bereitgestellt bekommen. Ich möchte ein Beispiel anführen, warum ich auch wirklich sehr dafür war, dass wir diesen Antrag heute stellen. Ich habe eine Schule besucht vor einigen Wochen am rechten Murufer und dort hat mir ein Direktor eine Geschichte erzählt, die mich wirklich betroffen gemacht hat. Es hat sich eine Schülerin verletzt und der Direktor wollte unbedingt, dass die Mutter oder der Vater mitfährt ins Krankenhaus, der Direktor hat versucht, die Eltern telefonisch zu erreichen, es hat niemand abgehoben, der Direktor hat gewusst, dass die Eltern gegenüber der Schule wohnen in einer Gemeindewohnung. Der Direktor ist übermaschiert, hat angeläutet, nach einiger Zeit und mit Hilfe einer Nachbarin hat eine Dame aufgemacht, die Mutter, sie hat kein Wort Deutsch können. Sie haben nachher mit Händen und Füßen erklärt, dass die Tochter verletzt ist, dann haben sie es geschafft, dass die Mutter mitkommt und die Mutter hat es nicht einmal geschafft, die Ampel dort zu bedienen. Also es ist wirklich erschreckend und ein großer Bedarf, dass man, und das ist heute auch gefallen in der Diskussion, dass wirklich alle Erwachsenen, die eine Wohnung ansuchen, auch

wirklich hier das Sprachniveau nachweisen können. Was der Unterschied zwischen FPÖ und unserem Antrag betrifft, da ist auch gefallen, dass vor zwei Jahren in Wien ein fast wortidenter Antrag eingebracht wurde. Das stimmt so nicht, die FPÖ in Wien hat Deutsch als Voraussetzung, als Zugangsvoraussetzung auch reinformuliert, wir haben das als zusätzliches Kriterium reingeschrieben in den Antrag, das heißt, wenn jemand bei uns einen Antrag stellt und das Sprachniveau A2 nachweisen kann, kriegt er Punkte und für das Sprachniveau B1 kriegt er noch mehr Punkte. Also es soll wirklich ein Anreiz sein, die deutsche Sprache kennenzulernen und ich möchte das auch unterstreichen, was der Thomas schon gesagt hat, wenn man sagt, Deutsch ist diskriminierend, es ist wirklich menschenverachtend, was wir hier aufführen oder die Elke Kahr hat gesagt, es ist eine Sauerei., also das möchte ich wirklich zurückweisen, dass eine Unterstützung für eine Sprache so bezeichnet wird und ich bitte wirklich um eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Peter, wir haben im Vorfeld auch schon heftig diskutiert. Ich muss dazusagen, es ist 15 Jahre mein Beruf gewesen, genau solche Sprachprüfungen zu machen. Es war mein Beruf, ich war bei der ursprünglichen Erstellung dieser Sprachdiplome mitbeteiligt, ich habe meine erste Diplomarbeit darüber geschrieben, das war die erste wissenschaftliche Arbeit dazu, ich weiß ganz genau, was diese Sprachprüfungen können und was sie nicht können. Ich weiß ganz genau, wofür sie gedacht sind und wofür sie nicht gedacht sind. Sie waren niemals dafür gedacht, dass man damit soziale Ausgrenzung betreibt, dass man damit eine Selektion macht, um Leuten es nicht zu ermöglichen, eine Gemeindewohnung zu haben, die waren immer dazu gedacht, dass vor allem sich das an Leute richtet, die eine bestimmte Schulbildung im Hintergrund schon haben, das war häufig auch die Kritik daran, dass du, wenn du nicht gelernt hast mit schriftlichen Texten umzugehen, wenn du nicht gelernt hast, schulisches Sprachlernen intus zu haben. Wenn du nicht

gelernt hast Aufgabentypen zu schaffen wie Lückentexte, in denen Grammatikwissen verlangt ist, wie bei Zeitungstexten Überschriften zuzuordnen und, und, und, dann tust du dir, egal wie gut du bist, immens schwer mit diesen Prüfungen. Aber das heißt, wenn dein Ziel wirklich ist, das Ziel unterstützen wir ja, das haben wir ja auch vorher gezeigt, dass es Hilfe gibt, dass Hilfe angeboten wird für Konflikte im Gemeindewohnungsbereich, dann ist das einfach überhaupt nicht das Mittel dafür. Es ist erstens sowieso kein Mittel, das über eine Sprachprüfung zu machen, das haben die KollegInnen schon gesagt. Es gibt genug Menschen mit Deutsch als Muttersprache oder steirisch als Muttersprache oder was auch immer, die das auch nicht können, ihre Konflikte in dieser Art und Weise aufzuarbeiten. Das heißt, es braucht erstens, wie die KollegInnen auch schon gesagt haben, Ausbau zum Beispiel für die Kinder schon in der Schulsozialarbeit, es braucht den Ausbau in dieser ganzen Gebietsbetreuung, es braucht auf jeden Fall den Ausbau, das haben wir x-Mal schon gesagt, an Sprachkursangeboten, schön und gut, wenn welche das jetzt gratis anbieten. Das reicht aber nicht, wenn es ab und zu ein paar gratis gut auch gedachte Angebote gibt, es braucht einen Ausbau genau für diese Zielgruppen, für Frauen, die wie bei Danaida dann auch gleichzeitig eine Kinderbetreuung haben, ohne die es sonst kaum möglich ist, dass sie den Sprachkurs besuchen, es braucht eine Ausweitung genau für die, die unter der Woche vielleicht irgendwo Schichtarbeiten und dann eben nicht irgendeinen Sprachkurs besuchen können und selbst die, die das nicht haben, die ach so alle Zeit der Welt haben, weil sie doch eigentlich eh nichts zu tun haben, die haben genug mit ihren Alltagsproblemen usw. zu tun und haben eine elendslange Warteliste, dass sie einen erschwinglichen Kurs kriegen. Also bitte da ansetzen und nicht irgendwelche Regelungen machen, da über Sprachprüfungen, die überhaupt nicht dafür gedacht sind, plötzlich Selektion betrieben wird. Der Umkehrschluss wäre, dass man mit B1-Niveau dann sofort eine Wohnung kriegt oder was soll denn das (*Applaus Grüne*)? Und das Zweite ist, man dürfte bitte heute nicht, an dich jetzt Kurt Hohensinner, darfst du nicht die Mittel aus dem Bildungsbereich dann über die Eckwerte umschichten, wenn wir doch da so viel Bedarf haben, dass Sprache gefördert werden muss. Sprache

fördern ja (*Applaus Grüne*), Sprachprüfungen erzwingen und als Selektionsmittel nehmen, ist einfach nicht der richtige Weg für das Ziel, das wir haben und da unterstütze ich sehr wohl, was die VorrednerInnen gemacht haben, es ist für dieses Ziel einfach falsch und im gewissen Sinne den Leuten, die die Sprache sehr wohl lernen wollen, die Jahre, nicht Jahre, aber die ewig warten auf einen Kurs, ist es denen gegenüber verachtend. Die würden gerne, die würden wirklich gerne dieses Niveau erreichen, aber auf die Art und Weise mit einer teuren Sprachprüfung, die du nicht ohne Vorbereitung schaffen kannst, ist das Ziel einfach verfehlt. Und nebenbei, ich möchte nicht wissen, wie viele Leute mit Muttersprachenniveau diese Prüfung nicht schaffen können, weil es eben bestimmte Fertigkeiten, die man halt nur mit einer bestimmten Schulbildung hat, erreicht. Aber das Allerschlimmste, das kommt jetzt am Schluss, damit bereitest du den Boden auf oder unterstützt das, was von den Freiheitlichen laufend kommt und mit einer Tonalität, wo wir alle wissen, dass es in eine ganz andere Richtung geht und niemals darum geht, dass Leuten geholfen wird, einen Spracherwerb zu verbessern, sondern dass es immer um Selektion geht, immer darum, dass Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert werden, vertrieben werden, aus Gemeindewohnungen, am besten aus dem gesamten Land usw., und das unterstützt du mit einem Antrag, der, so freundlich er herkommt, er würde die Sprachförderung motivieren usw., also auf jeden Fall wirklich falsch, Thema verfehlt und so eine Prüfung hättest du in dem Fall sicher nicht geschafft (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Haberler:** Jetzt, wo die ganze Diskussion zum Leben erwacht langsam, merke ich, dass sich der eine oder andere in eine Sackgasse manifestiert hat, auf der anderen Seite sagt man, ok, wegen der Migranten usw. und das, was wir da machen oder dieser Antrag ist eine Frechheit und auf der anderen Seite ist man eigentlich aber auch gegen die Diskriminierung, wenn ein Mann zu seiner Frau sagt, nein, du hast es nicht zu

machen, du sollst zu Hause sein und hast kein Wort Deutsch zu sprechen. Jetzt weiß ich nicht, jetzt seid ihr natürlich in einer gewissen Zwickmühle, aber grundsätzlich glaube ich, dass ihr das seht, dass das doch eine ganz gute Sache ist, was wir, sage ich einmal, dringlich einbringen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren! Ich möchte nur einen Satz sagen, der mir aber sehr am Herzen liegt. Ich bin über diesen Antrag unendlich traurig und besonders sage ich das in Richtung der Sozialdemokratie, Sie sind immer wieder für Überraschungen gut. Es tut mir auch unendlich Leid gegenüber den flammenden Reden, die unser Herr Bürgermeister schon zu diesem Thema gehalten hat. Mir tut es einfach leid, dass von einer Solidargemeinschaft kaum eine Rede ist. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ich muss jetzt direkt auf den Kurt oder zum Kurt zurückgehen und auf den Kurt eingehen und zwar eigentlich auf seine Integrationsstrategie, die er ausgeschickt hat. Auf deine Integrationsstrategie, und auf etwas, was du vorher gesagt hast und das ist jetzt wahrscheinlich mehr eine Fragestellung an dich und zwar, du schreibst in deiner Integrationsstrategie Sprachförderung soll effizient und wirkungsvoll dort ansetzen, wo sie gebracht wird. Das ist jetzt die Integrationsstrategie, die du uns ja auch vorgeschlagen hast und du hast vorher zum Beispiel auch gerade gesagt, dass diese klassische Zugangsbeschränkung, weil das ist es dann, in weiterer Folge Frauen fördern wird, Deutsch zu lernen. Das Beispiel, was du vorher genannt hast, die Frau, die kein Wort Deutsch gesprochen hat und auch die Ampel nicht bedienen hat können, ich weiß zwar nicht, wie das zusammenhängt, also mich würde wirklich klassisch jetzt interessieren, wie hilft eine Zugangsbeschränkung, in dem Fall

Wohnen, einerseits Frauen besser und schneller Deutsch zu lernen, wie hängt das mit deiner Integrationsstrategie zusammen, weil...

***Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Es ist keine Zugangsbeschränkung.***

GR. **Pacanda:** Es ist eine Zugangsbeschränkung, es ist keine Erleichterung, es ist keine Erleichterung da für Frauen, die jetzt der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ist es keine Erleichterung, zu einer Wohnung zu kommen und Deutsch zu lernen, das hat mit dem überhaupt nichts zu tun und dementsprechend ist es eine Zugangsbeschränkung, tut mir leid. Ich würde gerne wissen, ob es nicht gescheiter wäre, dass man die Integrationsstrategie ein bisschen abändern in der Wortformulierung auch, weil wir reden jetzt überhaupt nicht von Sprachförderung mehr und ich glaube, das sollte der Kern der Sache eigentlich sein, dass wir uns darum kümmern, dass die Menschen unsere Sprache lernen können und dort helfen, anstatt ihnen Zugangsbeschränkungen zu geben und ich bin überzeugt, das hilft Frauen, die du gerade vorher angesprochen hast, genau gar nicht. (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel:** Ich muss nur noch eines sagen, weil da schon wieder so die eine oder andere verbale Entgleisung dabei war, auch von der Stadträtin Kahr. Also auch die KPÖ und die Grünen werden es akzeptieren, dass sich für diesen Antrag eine Mehrheit abzeichnet, auch wenn es Ihnen schwer fällt, vielleicht, das ist als Demokratie mit Sicherheit etwas, was man zu akzeptieren hat und dann nicht so ausarten sollte und von Sauerei reden. Ich möchte einen letzten Gedanken zu diesem Thema von unserer



Seite einbringen, weil es immer heißt, die FPÖ treibt die anderen Parteien vor sich her oder die FPÖ betreibt Politik, wie Sie es da vorher beschrieben haben, Frau Gemeinderätin Grabe, die FPÖ, wir leben in einer repräsentativen Demokratie, die FPÖ ist deswegen da, und wahrscheinlich in zwei Wochen auch wieder verstärkt im Landtag vertreten, weil wir von Menschen gewählt werden und zwar von Menschen, die diese Probleme, die wir heute hier auch diskutieren, tagtäglich in eigener Erfahrung, am eigenen Leib verspüren und nicht umsonst, und das möchte ich auch hier noch erwähnt wissen, nicht umsonst ist das Thema Zuwanderung, Integration, Zusammenleben mittlerweile das Nummer-1-Thema auch in diesem Landtagswahlkampf. Erst kürzlich zu lesen in einer Tageszeitung, das ist das brennendste Thema, für die meisten Leute ist das wichtig und wir sollten bitte nicht so tun, wie wenn das überhaupt nichts mit Realität zu tun hat, das berührt die Menschen und ich glaube, es wäre ein Stil auch hier im Gemeinderat, in der Politik ernsthaft über dieses Thema zu reden und da ist das ein möglicher Weg für eine Besserung dieser Zustände und ich glaube, als solches sollte man das sehen und dann nicht hergehen und mit solchen Schimpftiraden ausrücken und die Mehrheit der freiheitlichen Wähler, und das sind einmal tausende von Menschen, die diese Probleme haben, sozusagen mit solchen Aussagen, wie von Ihnen, Frau Grabe, verunglimpfen, dagegen verwehre ich mich (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther:** Liebe KollegInnen, ich möchte auch gar keine lange Wortmeldung machen. Ich möchte eigentlich die Wortmeldung meiner Kollegin Elke Heinrichs ergänzen. Ich finde es nicht nur traurig, dass darüber so diskutiert wird, ich finde es ehrlich gesagt auch peinlich, dass darüber diskutiert wird, wenn es um Sprache geht und immer noch, obwohl so viel über Integration geredet wird, nach wie vor kein Bewusstsein dafür herrscht, was Integration bedeutet und was Assimilation bedeutet (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Ich werde mich auch ganz kurz halten, weil wir doch irgendwo als Sozialdemokraten angegriffen worden sind. Ich glaube, schön langsam gehen wir am Thema vorbei. Es war nie die Rede davon, wenn ich keine guten Deutschkenntnisse habe, dass ich dann keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung habe. Ich kann mich, auch wenn ich keine guten Deutschkenntnisse habe, um eine Gemeindewohnung bewerben und kann eine Gemeindewohnung ansuchen. Aber, und das soll ein Ansporn sein, wenn ich gute Deutschkenntnisse habe, dass ich ein paar Punkte mehr bekomme und nicht mehr und nicht weniger und da reden wir jetzt nicht von Diskriminierung oder sonst irgendwie, ich arbeite im Sozialbereich, mir sind alle Menschen gleich liebenswert, egal woher sie kommen. Aber es soll ein Ansporn sein, es ist ja auch jetzt neu, dass ich, wenn ich einen Aufenthalt hier haben möchte oder einen Daueraufenthalt hier haben möchte, jedes Jahr eine Deutschprüfung machen würde, ist das auch diskriminierend, dass ich dableiben kann, dass ich dann Deutsch kann? Natürlich, wenn ich in ein fremdes Land ziehe, dann ist das mein Erstreben, dass ich die Sprache dort lerne oder mich dort verständigen kann und nichts anderes soll es auch hier sein und da geht es wirklich nicht darum, dass die jetzt auf einmal nicht mehr um eine Gemeindewohnung ansuchen dürfen, ja, aber wenn sich das herumspricht, wenn ich gut Deutsch kann, dass ich dann ein paar Punkte mehr bekomme, ist dagegen nichts einzuwenden (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich danke Ihnen wirklich, werde mich auch zu Wort melden in dieser Frage, weil die Aufregung, die da wieder entsteht, zeigt ja, dass wir uns dem Thema Integration niemals normal nähern können. Jedes Mal, wenn diese Diskussionen ausbrechen, gibt es die Bösen und die Guten und das ist die Problemstellung, die wir haben. Wir gehen mit dem Thema nicht so um, wie wir

umzugehen hätten und das fängt nicht bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Kommunalpolitikern an. Das Thema setzt sich, wenn ich so sagen darf, durchhinauf fort bis zur Europäischen Union und gerade, wenn es um Gemeindewohnungen gegangen ist, gibt es, auch in breiten Kreisen unserer Bevölkerung noch kein Verständnis, warum jemand, der von außen kommt, sofort einen Anspruch auf eine Gemeindewohnung haben soll, das haben nicht...

*Zwischenruf StR.in Kahr unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, sofort oder überhaupt, fangen wir mit überhaupt an. Ich kann mich gut erinnern, wie wir Mitglied der Europäischen Union geworden sind, haben wir nach kurzer Zeit das Thema gehabt, dass aufgrund der Regelungen der Europäischen Union auch die Gemeindewohnungen für Zuwanderinnen und Zuwanderer zu öffnen sind.

*Zwischenruf StR.in Kahr: Daueraufenthaltsberechtigte.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Daueraufenthaltsberechtigte, jetzt können wir über den Terminus technicus können wir jetzt...

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ist auch wieder wichtig. Faktum ist, dass wir nicht allzu viele Wohnungen haben und das Verständnis einmal da war zu sagen, wir haben das einbezahlt, es sollen die Menschen, die da einen Beitrag geleistet haben, einmal in den Genuss dieser Wohnungen kommen. Jetzt kommen Menschen von außen, so denken die Menschen draußen und die Europäische Union hat das uns vorgeschrieben und ich kann mich gut erinnern, wie du auch gesagt hast, na bravo, das wird dazu führen, dass ein Großteil unserer Gemeindewohnungen dann von Menschen belegt werden wird, die aus dem Ausland kommen und damit werden die kulturellen Gepflogenheiten...

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Wartezeit für alle dauert länger.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, auch aber auch die Durchmischung hat sich verändert. Ich sehe ja Monat für Monat, wenn wir die Wohnungen vergeben, an wen sie vergeben werden, aufgrund der Namenslisten schon, dass es sich um immer weniger Österreicher, sage ich jetzt, handelt.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das ist eine Späterkenntnis.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist keine Späterkenntnis, das haben wir laufend gesehen, Herr Gemeinderat. Aber noch einmal, es ist jetzt eine Regelung, die wir leben und jetzt fragen wir uns, und jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt, weil da manche aufstehen und gleich wieder Schimpfworte verwenden und über andere drüberfahren und die Unmenschlichkeit oder die anderen mit Unmenschlichkeit belegen. Wir in der Volkspartei, und das fängt mit dem damaligen Staatssekretär und jetzigen Außenminister Sebastian Kurz an, haben gesagt, dass wir als eines der wichtigsten Instrumentarien die deutsche Sprache... um im Integrationsbereich weiterzukommen. Und die Frau Gemeinderätin hat es gerade wunderbar ausgeführt, es hat jeder ein Anrecht, er hat nur einen Vorteil daraus und ich habe bewusst, auch wie der Herr Landeshauptmann Franz Voves begonnen hat, über Integrationsunwilligkeit und Strafen nachzudenken gesagt, das ist der falsche Weg. Ich möchte ein Anreizsystem schaffen. Ich hätte am liebsten einen Integrationspass und über den Integrationspass sollte man noch einmal öfter diskutieren mit den anderen Gebietskörperschaften, weil dann würden wir auch die Angebote erhöhen, weil dann käme es halt dazu, dass jeder einen Deutschkurs besuchen kann, weil wir auch die Mittel zur Verfügung stellen. Du kommst zu uns nach Österreich unter welchem Titel jetzt auch immer, darfst nicht arbeiten sehr oft, du kannst die Sprache nicht, es werden Familienmitglieder nachgeholt, die oft nicht einmal eine Schulbildung haben und für dir das Erlernen einer Sprache was ganz, ganz Schwieriges, fast Unmögliches ist. Wir haben in der Zwischenzeit angefangen mit unserer Wohnungsservicestelle, mit unseren fünf Frauen, glaube ich, die jetzt schon im Einsatz sind, die Konflikte in den Siedlungen zu schlichten, wir wissen genau, um was es geht und sehr oft höre ich, dass wir hingehen müssen und einfach einmal die Leute zum Reden bringen müssen, weil ihnen das Kommunizieren zum Teil nicht einmal möglich ist. Noch einmal, 50 % der Konflikte in Siedlungen und Gemeindewohnungen kommen einmal aufgrund der Bauweise, dass man alles durchhört, aber es ist vielleicht auch einmal gut, wenn du dich in Deutsch

verständigen kannst und dem Nachbarn sagen kannst, dass du gerne deine Ruhe hättest, das fehlt in manchen Fällen auch und jetzt weiß ich gar nicht, wieso das so eine Aufregung da ist, in Graz kriegst du im Übrigen genügend Deutschkurse angeboten.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Polz-Watzenig: Wir schicken die alle zu Ihnen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, es gibt sie und dann müssen wir auch dafür sorgen. Ich habe kein Problem, wir sollten auch den anderen Gebietskörperschaften sagen, dass das ein Thema wird. Die Europäische Union versagt aus meiner Sicht bei dem ganzen arabischen Frühling, bei all den Menschen, wir wissen ja nicht einmal, wie viel zu uns wollen oder wollten, viele werden am Meeresgrund schon verstorben sein, wir haben jetzt wieder eine typisch europäische Lösung gehabt, ich schimpfe jetzt da schon einmal, weil da geht man her und sagt, so, jetzt wird in Europa verteilt. Dann kommt der Herr Orban und sagt, bei uns in Ungarn sicher nicht, so geht das los. Wer bleibt denn zum Schluss über in der Versorgung? Jetzt sind wir bei Zelten angelangt, na bravo, da können wir wirklich stolz in Österreich sein, bei welchem Wetter wollen wir die Zelte... also da muss ja eine Lösung her. Kaum gibt es kommunale Politiker, auch auf Landesebene kaum den Mut, der Bevölkerung zu sagen, wir erfüllen jetzt unsere Quote und dort werden sie hinsiedeln. Wir finden schon bald keine Quartiere mehr. Sie lassen uns mit der Geschichte allein auf der kommunalpolitischen Ebene. Die Menschen kommen und sie werden noch viel stärker kommen, sie werden alle Wege benutzen. Das ist kein Druck, das ist ein Anreizsystem und manchmal braucht es auch ein bisschen einen Druck, ich sage Ihnen auch was, Frau Polz-Watzenig, das ist mir ganz wichtig. Ich bin sehr oft in Parkanlagen in Graz und höre zu, wie die Kinder dort sprechen untereinander und wie sie mit ihren Müttern sprechen und da höre ich kein deutsches Wort mehr in den Parkanlagen und ich finde es schade, weil viele Mütter und viele

Eltern, ja zweisprachig hurra, aber die Eltern helfen ihren Kindern auch nicht, wenn sie dann in der Schule versagen. Ununterbrochen, ich bin auch für die...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist kein falscher Schluss. Ich sage Ihnen, dass es wichtig ist, wenn ein Mitglied in der Familie Muttersprache und der andere möglichst auch in Deutsch mit den Kindern spricht. Das versucht im Übrigen jeder von uns, auch wenn er ins Ausland geht, ich habe genügend Freunde auch, die sagen, ich kann die eine Sprache und die andere Sprache im Familienverbund leben. In vielen Familien ist kein Wissen über die deutsche Sprache da, das ist ein Anreizsystem, es noch schneller zu tun und den besten Sager, wenn ich so sagen darf, hat die Frau Gemeinderätin jetzt gerade vorhin gegeben, es ist kein Zwang dazu, du kriegst nur mehr Punkte und deswegen halte ich das System für gut. Wir sollten ein Anreizsystem schaffen, das nicht nur in dieser einen Frage so aufregt, sondern in allen anderen Fragen der Integration zu einem Pass führt, wo wir sagen, das wäre gut und dann müssen wir auch dafür sorgen, dass Menschen dieses Angebot annehmen können. Ich kann nur sagen, in Graz gibt es viele Kurse, manche können sie vielleicht zeitlich nicht schaffen noch, dann müssen wir halt dafür sorgen, das es ist. Finanziell, noch einmal, du musst es nicht tun, aber es hilft und wenn ich wohin gehe in ein Land und dort meine Zukunft aufbauen will, dann werde ich ohne diese Sprachkenntnisse nicht auskommen und wenn wir über das schon streiten, es gäbe genügend andere Dinge, über die wir da diskutieren können bis zur Religion hin, da können wir viel tun, aber in diesem Punkt, sage ich es auch für die Volkspartei, ist uns das wichtig und es würde auch zu weniger Konflikten dann in den Gemeindewohnungen den anderen Siedlungen kommen. Der eine oder

andere wird auch weitergehen. Die deutsche Sprache ist einfach oder die Landessprache, wo du dich hinbegibst, ist einfach wichtig. Ich verstehe die Aufregung da heute nicht, das ist mir zum Teil wirklich schon so weit gegangen, dass man sagt, da geht ihr jetzt aller der FPÖ nach. Nein, das ist eine Grundsatzgeschichte, die wir in der ÖVP haben. Wir wollen, dass Menschen, wenn sie zu uns kommen, Deutsch lernen, das steht ganz groß drüber und die Sozialdemokraten wollen es auch und die Freiheitlichen wollen es auch und es ist zum Nutzen der Menschen, die das tun, und deswegen bitte nicht immer gleich sagen, die andere Meinung, die wir haben, da verstehe ich manche nicht, wirklich nicht. Es ist dann jedes Mal so, die sind sofort total böse Menschen, weil sie so einen Vorschlag machen. Nein, es ist ein Unterstützungsangebot für Menschen, die zu uns kommen und wenn sie es annehmen, ist es ok, und wenn nicht, dann ist es halt kein Punktevorsprung für sie, aber das ist nicht schlecht gemeint, sondern es ist gut gemeint (*Applaus ÖVP, SPÖ und FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Herr Bürgermeister! Eine Frage möchte ich Ihnen stellen, weil ich das Fahrwasser, das Sie jetzt befahren, ein bisschen hinterfragen will. Wie unterscheiden Sie nach der Namensliste und nach dem Namen, wer ein Österreicher ist und wer nicht (*Applaus Grüne*), das würde mich einfach interessieren, weil das ist das Fahrwasser, das wir als gefährlich bezeichnen. Wie unterscheiden Sie das, das würde mich interessieren, wer ein Österreicher ist und wer nicht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, ich habe Ihnen angedeutet, dass ich aufgrund dieser Liste schon weiß, weil der Sepp Meier, den kann ich leichter zuordnen, ob er dann einer aus Deutschland ist oder sonst wie, das kann ich jetzt nicht sagen. Aber ich spüre alleine aufgrund der gesamten Namenslisten, die wir haben, dass es sich nicht mehr um...



*Zwischenruf unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann es ja nur aufgrund dessen beurteilen. Wenn ich diese Listen auch bekomme, dann schaue ich sie mir durch und es entspricht ja auch den Tatsachen, da weiß ja auch die Elke Kahr, dass es Jahr für Jahr mehr werden und dass wir damit in unseren Gemeindegemeinschaften und Gemeindegewohnungen eine Art Ghettoisierung gefunden haben...

*Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Rücker: Der Name sagt nichts über...*

Bgm. Mag. **Nagl**: Da sind wir uns einig, aber ich habe ja nur gesagt, ich habe ja keinen Anhaltspunkt außer den einen und den zweiten, dass es...

*Zwischenruf unverständlich*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, noch einmal, die Diskussion wird ja dann eh zu emotional, ich habe nur versucht, meinen Eindruck zu sagen, wenn ich das sehe, denke ich mir, da wird das zunehmen, die Konflikte in den Siedlungen nehmen auch zu. Wir brauchen es nicht schönreden, das ist in unserer Gesellschaft so und je länger wir das tun, umso eher und leichter wird sich die freiheitliche Partei tun, weil wir auch nicht gemeinsam zu Lösungsansätzen kommen und das ist einer. Das ist für mich nach wie vor kein schlechter Vorschlag, ich kann nur sagen, ich kann nur aufgrund dieser Namenslisten darauf schließen, dass es mehr werden und aufgrund der Konfliktsituationen und die Menschen, die in der Gemeindefiedlung sind, erzählen es im Übrigen auch. Mehr kann ich nicht, ich habe die genauen Listen nicht, aber Elke Kahr wird was dazu sagen können, weil seitdem wir in der Europäischen Union sind, wird sie wissen, wie stark der Anteil dort gestiegen ist und das trifft, wenn ich so sagen darf, auf vieles zu und wir haben immer dann die Diskriminierungsdebatten und all diese Dinge, auch wenn jemand als privater Vermieter vermietet, möchte er haben, dass sich Menschen verständigen können und wir als Stadt Graz haben immer gesagt, die Sprache ist uns wichtig. In fast allen Parteiprogrammen kommt vor, dass Sprache in der Integration wichtig ist.

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Rücker: Hat niemand bestritten.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und jetzt wollen wir ein Anreizsystem. Noch einmal, es ist niemand ausgeschlossen, es ist ein Anreizsystem und über so einen Pass könnten wir viele Anreize schaffen. Genügend Mittel zur Verfügung stellen, da bin ich bei der grünen Fraktion, da fehlt es, nicht immer wir auf der kommunalpolitischen Ebene, da fordere ich auch diese Solidarität von der EU über die staatlichen bis zur Landesförderung auch

ein. Gott sei Dank ist eh ein bisschen passiert, ausgegangen ist die Integrationszuständigkeit von Graz, wir haben da im Gemeinderatssaal gesagt, da muss wer zuständig sein, am besten der Bürgermeister, kann mich gut erinnern. Dann haben wir gesagt und wer ist im Land zuständig, hat lange gedauert, haben wir vorher sogar auf der Bundesebene zusammengebracht, jetzt haben wir die Bettina Vollath als Landesrätin, die dafür Verantwortung trägt und auf der staatlichen Ebene auch. Jetzt gibt es auf einmal Integrationsstrategien, leider Gottes haben wir meistens noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen und die Mittel gar nicht hineingelenkt in die tatsächliche Arbeit. Wir haben mittlerweile viele Menschen, die dort arbeiten, ich hätte mir gewünscht, dass die Mittel gleich für Sprachkurse und andere integrationsunterstützende Maßnahmen für Leute ausgegeben worden wären auch auf Landesebene. Unsere Mittel sind auch beschränkt. Frau Stadträtin Kahr und der Kollege Hohensinner, die dafür zuständig sind über den Bildung- und über den Lebens- und Wohnungsbereich, haben sofort, wie wir das letzte Mal zugeteilt haben, haben gesagt, Freunde, da müssen wir auch ein bisschen mehr Mittel bekommen, sonst wird es wieder nicht gehen. Aber so kriegen wir die Diskussion vielleicht weg (*Applaus ÖVP*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Trotzdem, ich bin da lange genug im Haus und ich versuche, wenn ich mich zu Wort melde oder wenn ich für was eintrete, immer ehrlich zu bleiben und das, was jetzt der Herr Bürgermeister da angesprochen hat, das war die Debatte vor, das war 2005, wo wir, da war damals meine Kollege noch der Stadtrat Kaltenegger, da weiß ich auch, da sind wir von den Grünen kritisiert worden, wo wir gesagt haben, wenn das Parlament diese EU-Richtlinie umsetzt, wird das bedeuten in Graz, nicht mehr und nicht weniger haben wir gesagt, dass die Ansuchen um Gemeindewohnungen ansteigen werden. Wenn die EU die Osterweiterung machen wird, dann werden die Ansuchen um Gemeindewohnungen genau aus diesen Ländern steigen. Wir haben keine Finnen, keine Schweden, wohl einen jungen haben wir jetzt. Ich könnte Ihnen da

sehr, sehr viel erzählen. Sie können auch, Sie sind immer herzlich eingeladen in unser Büro, wir haben die ganzen Statistiken, wir sehen die Entwicklungen ganz genau der Menschen und Familien, die bei uns ansuchen, warum sie ansuchen. Mittlerweile ist es so, dass vom Akademiker bis zum Selbständigen bis zum Erwerbslosen, drogenkranke junge Menschen kriegen überhaupt nur mehr, wenn, über uns eine Wohnung, das muss man wissen, das sind durch die Bank 90 % Österreicher, vielleicht in weiterer Folge werden da auch Kinder, also Jugendliche aus anderen Herkunftsländern sein, wenn sie länger da sind, aber jetzt sind es in der Mehrheit Österreicher. Wir haben immens viel psychisch Kranke, wir haben kinderreiche Familien und übrigens auch ältere Herrschaften mit Hunden und damit bin ich jetzt bei dem, was die Lisa gemeint hat. Warum suchen die Menschen alle bei uns an? Geringes Einkommen ist ein Kriterium, ist eh logisch, aber auch, weil sie private Vermieter aufgrund spezieller Situationen nicht nehmen. Den einem stören die Hunde, den anderen stören die vielen Kinder, den Dritten nimmt ja gar keiner, wenn er arbeitslos ist oder Mindestsicherung kriegt, da kommt ja noch die Doppel- und Dreifachdiskriminierung dazu. Es ist leider so, Sie lachen, das ist bitter genug, Sie müssen nämlich manches Mal sehen, wie die Menschen wohnen, weil bei vielen schauen wir es uns selber auch an, weil es mich interessiert und wir Interesse daran haben, dass private Vermieter oder Eigentümer diese Mieter nicht so ausnutzen wie sie sie ausnutzen, weil das ist die andere Realität. Zu sehen, wie Familien in einer Garage wohnt oder in Kellerlöchern oder immer mehr, das haben wir ja schon geglaubt, dass das eigentlich verschwunden ist, wieder prekäres Wohnen, das hat zugenommen in den letzten fünf Jahren, weil es immer mehr Menschen schlechter geht, da gehören unsere Leute genauso dazu, wenn man so sagen will, wie unsere migrantischen Mitbürger, da gehören alle dazu und wir können, wenn die Menschen da leben, sie nicht wegzaubern, weil die Gründe, warum sie da sind, die liegen bei denjenigen Herrschenden, und ich glaube, Sie verfolgen auch ein bisschen die Weltpolitik, die Menschen aus ihren Ländern wegbomben und durch Bürgerkriege mitinitiieren, dass sie flüchten. Da könnten wir noch lange darüber diskutieren.

**Zwischenruf GR. Mag. Sippel:** *Aber das Problem werden wir hier nicht lösen.*

StR.<sup>in</sup> **Kahr:** Nein, wir haben das Ergebnis hier, wir haben das Ergebnis hier wie alle Ballungszentren. Weil in der Steiermark gemessen, wo ist die größte Konzentration an Menschen? Hier bei uns, das Gleiche hat Wien, das Gleiche hat Linz, aber das würde zu weit führen. Ich möchte nur, dass Sie die Diskussion über unsere Gemeindemieter seriös führen und nicht unseriös und Sie werden, auch wenn man da nicht mehr Punkte gibt, das wird heute eh eine Mehrheit wahrscheinlich finden, wir reden in ein paar Jahren weiter, ich bin auch gerne bereit, Ihnen bis zum Ende der Fraktion diese Evaluierung zu geben. Die Probleme, um die es in der Gesellschaft geht, werden wir mit dieser Maßnahme nicht lösen können. Vielleicht hilft es beim einen oder anderen, aber da lügen Sie sich selbst in die Tasche, wenn sie glauben, dadurch das zu lösen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie haben ja mit ein paar Dingen Recht, die Sie gesagt haben, keine Frage. Integration ist ein wichtiges Thema. Wir bedürfen der Diskussion, wo die stattfinden soll, vielleicht später noch. Aber ein/zwei Punkte möchte ich schon noch richtigstellen. Die Sprachkurse sind angesprochen worden. Sie vermitteln hier ein Bild, dass wir die MigrantInnen und die MitbürgerInnen in die Sprachkurse zerrren müssen, das ist ein völlig falsches Bild. Das Problem, dass es die Sprachkurse nicht gibt, wir haben jetzt nachrecherchiert, es gibt kaum mehr Sprachkurse auf unterem Level, genau die fehlen uns, um die es geht, das Arbeitsamt bietet die nicht mehr an, es gibt viel zuwenig Anbieter in diesem Bereich. Wenn Sie hier

zusagen würden, dass die Nachfrage nach diesen Kursen gedeckt werden kann, dass den Leuten wirklich genügend angeboten werden, dann wären wir einen Schritt weiter, aber genau da wird ein völlig falsches Bild vermittelt. Sie erklären, die Leute wollen diese Kurse nicht machen, wir müssen nachhelfen, zwingen ist vielleicht übertrieben, wir müssen sie anreizen, die Leute wollen in diese Kurse, sie haben nur die Möglichkeiten nicht, also daran müssten wir arbeiten. Nachdem diese Kurse auch Geld kosten, wir haben es heute diskutiert, Sie waren nicht da, die ABI gibt fast eine halbe Million ans Bürgermeisteramt vom Sparbuch, bitte nehmen wir dieses Geld für dort, wo wir es ganz dringend brauchen, erweitern wir die Sprachkurse, machen wir hier ein Gratis-Angebot mit diesem Geld was aus dem Integrationsreferat kommt. Das kann nicht sein, dass wir das Geld, vom Integrationsreferat abziehen, zuwenig Sprachkurse anbieten und nachher sagen, aber Sprachkurse solltet ihr schon haben. Also da muss ich sagen, da passt es nicht ganz, ansonsten glaube ich, Thema ist ja wichtig und warum es uns auch ein wenig schwerfällt heute, da das ganz sachlich zu diskutieren, es ist der Zeitpunkt. Zweierlei problematisch ist, wir haben vor kurzem diese Richtlinien beschlossen, dort hätten wir das im Ausschuss vielleicht noch sachlicher diskutieren können mit noch mehr Ruhe, mit ein bisschen mehr Expertise als hier, es ist auch nicht mein Spezialgebiet, gebe ich gerne zu. Also ich glaube, dort wäre ein guter Bereich gewesen, das zu diskutieren und vielleicht nicht hier im Gemeinderat, noch dazu, und ich bin mir nicht sicher, ob das zufällig ist, zehn Tage vor einer Landtagswahl. Also der Zeitpunkt ist nicht gut gewählt und der Ort ist auch nicht optimal gewählt, ich glaube, da gäbe es bessere Orte und bitte kümmern wir uns dort um eine gute Integrationspolitik. Da sind wir momentan mit dem Zeitpunkt nicht gut unterwegs. Danke.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Wenn man davon spricht, dieses Thema

nicht emotional zu betrachten oder zu behandeln, dann lügen wir uns doch selber in den Sack, zumal wir einfach völlig unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema haben. Das erkennen wir ja aus der Diskussion heute. Lösungen, die hier versucht werden anzustreben, werden von einer Seite, ich sage es jetzt, die Damen und Herren vor mir, sprich KPÖ und Grüne, natürlich abgelehnt, weil man einfach unterschiedliche Zugänge hat, wie Integration stattfinden soll, wie Zuwanderung stattfinden soll. Wenn es nach Ihnen geht, würden wir die Probleme der Welt hier in Österreich und vielleicht möglichst in Graz lösen, das werden wir nicht zusammenbringen, das hat der Gemeinderat und Klubobmann Armin Sippel heute schon gesagt. Und das ist auch nicht unser Ansinnen, wir wollen das auch gar nicht und ich sage es Ihnen auch ehrlich, uns ist das auch noch viel zuwenig weitreichend, na klar ist uns das zuwenig weitreichend (*Applaus FPÖ*). Weil wir wollen diesen Zuzug nicht, wir brauchen ihn nicht, wir können ihn nicht verkraften und es ist auch nicht die Aufgabe von uns, das zu bewerkstelligen. Sie sehen darin, ich weiß es nicht, diese tolle multikulturelle Welt, die es ja nirgendwo auf der Welt wirklich gibt oder wo es funktioniert und wir sollen es hier umsetzen, das geht nicht, das wollen wir nicht. Und es geht auch darum, dass wir hier, alle die wir hier herinnen sitzen, von österreichischen Staatsbürgern gewählt wurden und deswegen auch die Interessen der österreichischen Staatsbürger zu vertreten haben und das tun Sie nicht. Sie versuchen, sich für andere Menschen einzusetzen, die Sie gar nicht dazu legitimieren konnten und die Österreicher Sie nicht dazu legitimiert haben und Sie auf den Kopf der österreichischen Staatsbürger verteilen Sie Gelder, die uns überall fehlen. An allen Ecken und Enden fehlt in Österreich das Geld für wichtige Themenstellungen Gesundheit, Bildung etc. und Sie reden noch immer darüber, dass wir etwas falsch machen. Sie machen es falsch, Sie wollen es falsch angehen. Wenn wir diese ganzen Einwanderungen, diese Einwanderungsbewegung der Wellen der letzten Jahrzehnte nicht hätten, dann könnten wir ganz anders arbeiten, dann hätten wir nämlich diese Problemstellungen nicht, über die wir heute reden. Ja, Frau Kollegin, ich weiß schon, wo wir hinwollen, wenn wir danach gehen, was uns zuzumuten ist und wozu wir verpflichtet wären, nämlich wirklich Verfolgte aufzunehmen, dann hätten wir einen

Bruchteil der Menschen heute bei uns, die nämlich da sind, weil wir jahrzehntlang reine Wirtschaftsflüchtlinge aufgenommen haben und dafür ist das Geld nicht mehr da. Wenn wir reine Flüchtlinge aufgenommen hätten, die wirklich verfolgt gewesen wären oder verfolgt waren, dann hätten wir auch heute noch die Kapazität dazu und dann hätten wir auch heute in der Bevölkerung einen ganz anderen Zugang dazu, weil Österreich hat immer geholfen, nicht dem eigenen Land, sondern auch im Ausland und das wird es auch weiter tun, aber alles zu uns zu holen, ist der falsche Ansatz und dagegen werden wir uns verwehren mit allem, was uns zur Verfügung steht (*Applaus FPÖ*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Nicht nur, dass uns die FPÖ seit ungefähr 35 Jahren jetzt erklärt, dass dieses Land untergeht, weil Zuwanderung herrscht. Jeden Tag spüren wir, wie dieses Land untergeht, jetzt kommt noch die neue Story dazu, dass nämlich die Zuwanderung der letzten Jahre dazu beigetragen hat, dass wir ein Schuldenproblem haben in diesem Land. Ich finde das sehr interessant, wie Mythenbildung passiert, ich bin sehr froh, dass ich in diesem Land lebe und dass ich unter diesen Bedingungen leben darf und wir sind, glaube ich, alle froh und auch die Grazer und Grazerinnen sind froh, dass wir in einer sicheren Stadt, in der einiges an Dynamik besteht, leben. Ich bin als Kulturstadträtin sehr froh, dass ich in einer Stadt lebe, die sich als offen und weltoffen empfindet. Aber ich kann nicht mehr folgen dem, dass die FPÖ uns ständig ein Bild von dieser Stadt zeichnet, wo man jeden Tag Angst haben müsste, die Stadt ist vor dem Untergang oder ist mitten im Untergang. Wo findet das bitte statt? Und jetzt kommt noch dazu, dass die MigrantInnen, die jahrelang hier arbeiten, hier leben, ihre Steuerleistungen beigetragen haben, diejenigen sind, die schuld sind, dass Österreich ein Budgetproblem hat, das finde ich schon sehr interessant. Ausgerechnet von der FPÖ, wo ich nur das eine kleine Stichwort Hypo sagen muss (*Applaus Grüne*).



Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, du hast jetzt was Wichtiges gesagt und an diesem Satz möchte ich den Unterschied aufhängen zwischen der Politik, die die FPÖ verfolgt und der Politik, die wir auch als ÖVP, als christlich Soziale, verfolgen. Du hast gesagt, wir, ich hoffe, dass ich das jetzt richtig wiedergebe, wir müssen da nicht helfen und ich habe einen anderen Ansatz, der da nämlich lautet, wir sind ganz bewusst und mit viel Stolz Mitglied dieser Europäischen Union geworden und durch dieses Öffnen von Grenzen, durch den Wegfall von Grenzen, von Stacheldraht, von Mauern, von Erschießungskommandos hat sich für uns alle, und vor allem für unsere Kinder, eine neue Chance aufgetan. Das bedeutet, dass wir jetzt mehr Menschen bei uns haben aus all diesen Ländern und das haben wir bewusst gewollt, weil das auch eine Chance für uns und unsere nächsten Generationen ist. Und das zweite Mal, wo wir helfen müssen, leite ich vom christlichen Weltbild ab, andere werden es anders tun, aber wir müssen schon Menschen helfen, die bedroht sind in ihrer Existenz, in ihrer Gesundheit, in ihrem Leben und das wird so schnell kein Ende haben. Das wird noch viel stärker werden, der ganze nordafrikanische Raum, was sich da gerade abspielt, wo wir jeden Tag zuschauen, wo auch die Europäische Union noch keinen einzigen Ansatz aus meiner Sicht gefunden hat, da zu helfen, wird dazu führen, dass wir noch mehr Menschen zu uns bekommen. Und wir haben da noch einige andere Fronten, ich sage jetzt nur Ukraine, Tschetschenien, Afghanistan und, und, und. Ich schaue mir gerade die asiatische Welt an und wer da die letzten Tage gesehen hat, dass fast ganz Asien wieder zurückgeht weg von der Demokratie in diktatorische Systeme und, und, und alles, was wir da erleben, der weiß, dass wir genau für das kämpfen müssen, dass die Welt so ist, wie wir es in Europa zumindest angepeilt haben. Geschafft haben wir es lange nicht, Probleme gibt es genug, aber ich wollte den Unterschied nur noch einmal herausstreichen. Zu sagen, geht uns alles nichts an, wir sind wir, Schotten wieder dicht, das ist nicht die Politik, die wir verfolgen und da unterscheiden wir uns, wir

unterscheiden uns aber relativ wenig, wenn es darum geht, dass Menschen zu uns kommen und Deutsch lernen sollen, weil um das ist es heute gegangen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Stöckler**: Danke einmal, Herr Bürgermeister, für die letzten Worte und auch bei der Karin Katholnig möchte ich mich bedanken. Es war eine interessante Diskussion. Ich werde dann auf einige Dinge noch persönlich eingehen, die da gefallen sind. Also jeder, der mich kennt, glaube ich, weiß, dass ich Lichtjahre entfernt bin von einem Hardliner. Es war das, was der Bürgermeister eben gesagt hat, es sollte ein sanfter Anreiz sein, aber ich glaube, es ist die Diskussion auch in vielen Punkten relativ unsachlich geworden. Aber trotzdem danke ich für diese interessante Diskussion. Bitte um Zustimmung. Ich möchte mit einigen noch reden, weil manche Sachen waren relativ unsachlich, undifferenziert und inhaltlich auch falsch. Danke trotzdem (*Applaus ÖVP*).

*Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.*

### **3) Maßnahmen zur Bekämpfung von Lärm bedingt durch Veranstaltungen im öffentlichen Raum**

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Wir hatten jetzt viel Lärm und daher passt der Lärmantrag ganz gut, wie ich denke. Es wird ein bisschen sachlicher werden und vielleicht auch langweiliger. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren! Bereits im vorigen Jahr

habe ich einen dringlichen Antrag, einen allgemeinen, zur Lärmbekämpfung gestellt, dieser wurde dann mehrheitlich angenommen, sage ich jetzt einmal dazu und in der Beantwortung durch unseren Herrn Bürgermeister erfahren wir, dass also neues Steiermärkische Veranstaltungsgesetz in Kraft getreten ist. Demzufolge auch die Landespolizeidirektion weitgehend nur mehr Überwachungstätigkeiten durchzuführen hat. Gleichzeitig funktioniere das Zusammenspiel hinsichtlich Überprüfung, Anzeige und Strafmaßnahmen zwischen Landespolizeidirektion und Magistrat sehr gut.

Dem gegenüber steht aber nach wie vor eine größere Problematik, wir haben jetzt kürzlich einer Kleine-Zeitung-Artikel gelesen, kaum ist, kurz gesagt, der Lendwirbel losgegangen, hat es auch schon Anrainerbeschwerden gegeben und nach wie vor ist es so, dass die Lärmproblematik Relevanz hat, weil gibt es Veranstaltungen im Freien, muss man sagen, auf der einen Seite stehen die Sender auf der anderen Seite die Empfänger und da kommt es nach wie vor zu Problematiken und Konflikten. Besonders gefürchtet sind Lautstärke, Dauer der Veranstaltungen und vor allen Dingen die Bässe, die unüberhörbaren.

Wegen der begrenzten Handlungsfähigkeit der Polizei, wie ich schon gesagt habe, fühlen sich viele Menschen hilflos und ausgeliefert und haben teilweise resigniert, indem sie auf telefonische Beschwerden verzichten.

Und jetzt wird es wichtig. Es geht also sicherlich hier bei meinem Antrag nicht ums Spaßbremsen oder um generelle Verbandsverbote. Aber, bei ernsthafter Anerkennung der Problematik braucht es jedenfalls eine politische Willenserklärung, sich des Sicherheits- und Gesundheitsrisikos Lärm zum Wohle der Menschen in Ballungszentren besonders auch tatsächlich anzunehmen. Allerdings ist auch, das habe ich schon gesagt, ein mehrheitlich angenommener Antrag, den hatten wir voriges Jahr, ohne Konsequenzen im Endeffekt, wenig interessant und auch nicht für die, die ihn abgestimmt haben.

Nach meiner Vorstellung sollte ein neues Konzept, nenne ich das jetzt einmal, oder eine Art Verfahrensregel entstehen durch übergreifende Zusammenarbeit der zuständigen Einrichtungen auch unter Bürgerbeteiligung, viel wird darüber gesprochen und das wäre ein sehr gutes Beispiel, diese einmal sozusagen entstehen zu lassen, im Sinne von Interessensausgleich, den die Befindlichkeit der Betroffenen kann nur erfragt werden.

Im Sinne des Gedankens, dass bei steigenden Anforderungen und Belastungen für uns alle, auch ausreichend Erholung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, vor allem der Innenstadt, gegeben sein muss, stelle ich seitens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Die Grazer „Richtlinie für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen“ ist zu überarbeiten. Im neuen Konzept, wie ich das jetzt einmal nenne, müssten folgende Punkte besondere Beachtung finden:

1. Evaluierung der Plätze.

Also grob gesagt geht es darum, wie viele Veranstaltungen vertragen die jeweiligen Plätze tatsächlich? Es geht um die Häufigkeit der Veranstaltungen pro Platz, die ein verträgliches Maß nicht überschreiten dürfen und um die Wahrung des Platz- und Freiraumcharakters und Einbeziehung der Betroffenen. Ich sage noch einmal, Bürgerbeteiligung.

2. Schallpegeltechnische Grenzwerte bitte festlegen.

Mittels Schallausbreitungsberechnungen können Modelle geschaffen werden, die dann interessant sind, wenn ich zum Beispiel schaue, wie hoch ist der Pegel, der Lärmpegel, der dann tatsächlich bei den Fenstern der betroffenen Anwohner in dem Fall ankommt.

3. Wichtig, transparente Vorgehensweise.

Gemeint ist, Behörden müssen Unterlagen, also Aufzeichnungen, Vergleiche, Grenzwertüberschreitungen, Beanstandungen, Konsequenzen usw. veröffentlichen. Ebenso müssen die Daten der Behörden allgemein zugänglich sein, sodass betroffene Anwohner Experten überhaupt beiziehen können.

Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Annahme beziehungsweise Diskussion (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher** zur Dringlichkeit: Liebe Kollegen, liebe Elke! Wir können der Dringlichkeit deines Antrages nicht zustimmen, denn, wie du aus deinem Motivenbericht wir schon erfahren haben, die Zusammenarbeit der Polizei und dem Magistrat ja sehr gut läuft. Außerdem gibt es ja schon punkto Länge der Veranstaltung oder Lärmpegel beziehungsweise Schallpegel gesetzliche Regelungen. Veranstaltungen werden ja einzeln geprüft und bewilligt und wenn man sich die Praxis da anschaut, handelt das zuständige Amt sehr verantwortungsvoll und vergeben Bewilligungen absolut mit Augenmaß. Wie beim letzten Antrag von 2014 schon gesagt, sind wir dafür, Genehmigungen beziehungsweise behördliche Verfahren so einfach wie möglich zu halten und deshalb gibt es von uns für dein gewünschtes Konzept keine Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Geschätzte Kollegin Heinrichs! Grundsätzlich weiß ich, dass es da immer wieder ein Problem gibt, dass vor allem jene, die in der Innenstadt wohnen, mehr Veranstaltungen aushalten müssen als andere. Auf der anderen Seite haben wir ein sehr restriktives Veranstaltungsgesetz und irrsinnig viele Auflagen jetzt auch schon für Veranstalter inklusive der Auflage der 80 Dezibel und wenn diese erreicht werden, muss auf den Plätzen maximal drei Tage, und da müssen mindestens vier Tage, darf

keine Veranstaltung stattfinden. Erstens einmal liegt es an jedem von uns und viele auch Parteien oder parteinahe Organisationen veranstalten ja, auch darauf hinzuweisen, es gibt mehr Plätze in der Stadt als den Karmeliterplatz und den Hauptplatz. Letztlich kommt es nur immer wieder darauf hinaus, dass genau dort veranstaltet werden will und es ist halt ganz schwer dann zu sagen, warum der eine darf, der andere nicht, man müsste quasi eine Lotterie am Anfang des Jahres machen, wer eine Veranstaltung machen darf und wer nicht, dann wäre vielleicht zum Beispiel heuer die KPÖ am Hauptplatz gewesen, die SPÖ nicht oder wie auch immer. Hätte sich da eigentlich bei den Veranstaltungen etwas ergeben, wobei eure Veranstaltung eh sehr leise war. Nicht wenig besucht, leise von der Akustik. Was mich aber trotz allem ein bisschen stört ist, dass von eurer Fraktion jetzt dieser Antrag kommt, wo eure Studenten gemeinsam mit den Grünen und den Sozialdemokraten erst vor kurzem mit 300 Leuten aufmarschiert sind, um uns mitzuteilen, dass wir so restriktiv sind, keinen Lärm aushalten, dass wir alles zusperren wollen, dass man nirgends mehr feiern darf, das heißt, auf der einen Seite laufen junge KSV-ler auch durch die...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Rajakovics:** ...laufen herum, picken gewisse Schaufensterscheiben zu, wo auch Geschäftsbesitzer sind, die auch Politiker sind, mit Pickerln zu, dass wir eine Verbotstadt wären und dass man nichts mehr darf und auf der anderen Seite soll es wieder restriktiver werden. Also wir sind gerne bereit, die Regeln, die aus unserer Sicht sehr restriktiv sind, auch zu exekutieren, aber wir werden uns nicht weiterhin Verbotspickerln hinaufpicken lassen und schon gar nicht dann, wenn eure eigenen

Jugendlichen was ganz anderes fordern. Daher werden wir diesmal der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, haben enorme Beschwerden über die letzte Demo bekommen, gerade im Bereich der Altstadt.

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Danke für das Einbringen dieses Antrages. Wir werden dem zustimmen. Wie ich weiß, geht er ja auch auf einige Gespräche zurück mit einem Herrn, der jetzt gerade eine Arbeit fertigstellt, in der er sehr umfassend von Grazer Veranstaltern, Behörden, politischen Vertreterinnen/Vertretern bis hin zu Benchmarking betrieben hat, wo er andere Städte in Deutschland vor allem untersucht hat, wie die dieses Thema lösen. Weil dass das ein Thema ist, das alle Städte beschäftigt ist klar, viele Menschen leben in einer Stadt, man will lebendig sein, aber auch da leben. Das Thema ist ein breites Thema und ich freue mich immer, wenn junge Menschen bei uns auf die Straße gehen für etwas in der Stadt, weil sie ja damit zeigen, dass ihnen an dieser Stadt was liegt. Insofern habe ich diese Demonstration ja auch sehr positiv empfunden.

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Und gleichzeitig willst du, dass die zukünftig nicht mehr stattfinden?*

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Ich würde es sinnvoll finden, wenn man in diese Richtung geht, dass man sich wirklich dann mit dieser Arbeit und auch mit den genannten Städten beschäftigt, die anscheinend sehr gute Lösungen gefunden haben, um das Leben und Leben-lassen in den Städten so zu organisieren, dass es nicht zu einseitigen Belastungen führt, sich damit einmal auseinanderzusetzen in einem Fachgremium und dann zu schauen, wie man diese Veranstaltungsregeln so organisiert, dass sie möglichst lebbar sind. Sie werden nie für alle hundert Prozent sein und es wird belastendere Tage geben, weniger belastende, wenn man sagt, was man auf Plätzen will und was man nicht mehr will, das muss die Politik machen. Wir haben inzwischen ein Veranstaltungsreferat, wo sehr viel zusammenfließt, was diese One-Stop-Situation darstellt, das wird von den VeranstalterInnen eh sehr geschätzt, dass sie jetzt nur noch eine Anlaufstelle haben und dass das abgewickelt wird, da ist schon viel weitergegangen. Auf der anderen Seite wissen wir auch aus dem Umweltamt, dass viele Veranstalter oder auch Gastro-Menschen gar nicht genau wissen, was die Regeln sind, was überhaupt 80 Dezibel sind und hier wird auch notwendig sein, neben dem Überprüfen von Maßnahmen, die vielleicht woanders schon fruchtbringend war, auch ein Informationsmanagement zu unterlegen, dass wirklich Veranstalter/Veranstalterinnen eine bessere Informationsversorgung haben und das könnte man damit verbinden. Insofern unterstützen wir den Antrag und bringen uns da auch gerne, gerade von meinen beiden Ämtern, die zum Thema Lärm ja auch Mitverantwortung tragen, gerne aktiv mit ein (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich erlaube mir nur eine Bemerkung, weil mir die so wichtig ist, weil immer wieder Verbotstadt und wie unfair die Welt ist. Die Regelungen, die Gesetze, die Normen; all das wird von Landes- und von Bundesseite uns vorgegeben und zum Schluss Stadtsenatsmitglieder oder den Bürgermeister verantwortlich machen, weil sich auch manche Unternehmer um nichts scheren und nicht einmal Genehmigungen,



Bewilligungen oder sonstige Auflagen erfüllen, dann zusagen, es ist ein bisschen fad in der Stadt, die im Übrigen sehr cool ist, eine hohe Lebensqualität hat, einen ordentlichen Freiraum für alle bietet, das finde ich eine eigenartige Diskussion und ich glaube, dass es gut wäre, wenn wir manche Menschen, vor allem junge Menschen, die jetzt auch protestieren; einmal mit dem konfrontiert, mit ihnen das einmal durchgeht und zwar ganz sachlich mit Magistratsdirektion, mit Baubehörde etc., dass man einmal sagt, ihr kämpft da eigentlich für etwas, weil ihr falsch informiert seid und ich freue mich über die Anwesenheit von Journalistinnen und Journalisten bei uns im Gemeinderat, weil es vielleicht einmal die Möglichkeit wieder gibt, es zu sagen, die Normen und die Regeln machen andere Gebietskörperschaften. Bürgermeister, Stadtsenatsmitglieder und unsere Beamtenschaft muss das, was gesetzlich vorgegeben ist, letzten Endes auch exekutieren und dass wir dann als die Bösen überbleiben, ist ein bisschen eigenartig. Ich glaube, wir werden unser Augenmerk verstärkt auf diese Regelungen in den nächsten Monaten richten müssen und einmal schauen, dass die Adressaten dieser Beschwerden dann auch erreicht werden, die richtigen Adressaten, wir sind da oft falsch in der Ziehung, ansonsten glaube ich, ist es gut, wenn wir mit der Jugend diesbezüglich einmal auch ins Gespräch kommt und sie aufklären (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Nur ganz kurz zur Wortmeldung von dir, liebe Astrid und von Thomas Rajakovics, möchte ich sagen, da verstehen wir uns ja im Großen und Ganzen, weil ich habe das in meiner Herleitung ja auch gesagt, was es alles gibt und was es nämlich sein soll das, worum es mir geht. Nicht geht es um Spaßbremsen oder Allesverbieten. Und in Richtung Frau Stadträtin Lisa Rücker, wir sprechen genau vom selben Experten, ich könnte den Namen jetzt nennen, ich tu es jetzt nicht, aber er, ich sage es deshalb, ist über 35 Jahre im Veranstaltungsgeschäft selbst gewesen und hat jetzt also eine Meisterarbeit in Linz und in Wien erledigt. Hat 17 Interviews auch mit den Ämtern und

mit den wesentlichsten Mitarbeitern, mit allen Mitarbeitern dieser Ämter geführt und wäre auch sogar bereit, also er bietet an seine Zusammenarbeit hinsichtlich einer Neuüberarbeitung dieser Richtlinien und das wäre schön, wenn wir die Gelegenheit bekämen, ihn beizuziehen und daher bitte ich nochmals um Ihre werte Zustimmung. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Verkehrssicherheit für Kinder**

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Kinder sind unsere schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen, aber auch Jugendliche. Im vergangenen Jahr habe ich eine Anfrage gestellt und habe um Evaluierung ersucht, dass vor allen Schulen Tempo 30 installiert werden soll, vor allem Kindergarteneinrichtungen. Ich habe leider eine unbefriedigende Antwort bekommen mit der Antwort, es wird ständig kontrolliert, es wird ständig evaluiert. Ich glaube aber bei dieser Anfrage oder bei dieser Antwort oder bei dieser Überprüfung hat man die höheren Schulen vergessen. Kleine Kinder sind sehr verkehrsgefährdet, aber auch 10- bis 19-Jährige, weil da passieren die meisten Unfälle. Nämlich vor AHS, vor höheren Schulen, vor Polytechnikum oder wie auch immer, ist meines Wissens nicht so gut kontrolliert worden, weil dort gibt es sehr wenige 30er-Beschränkungen. Es hat steiermarkweit 2013, 2014 ist noch nicht ganz abgeschlossen, 367 Verletzte und drei

tote Kinder gegeben und das ist wirklich sehr viel steiermarkweit. Eine Grazer Statistik eine genaue gibt es da nicht, aber das zeigt auf, dass eben es wichtig ist, wirklich auf unsere Jugend zu achten und zu schauen.

Und daher stellt die sozialdemokratische Partei folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der ressortverantwortliche Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, zur Hebung der Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche gemäß Motivenbericht

1. umgehend eine Überprüfung zu veranlassen, inwieweit vor allen Schulen im Grazer Stadtgebiet Tempo 30 realisiert werden kann
2. das jeweilige Umfeld von Schulen speziell in Bezug auf die im Motivenbericht genannten besonderen Gefahrenquellen für Unfälle mit Kindern zu überprüfen und entsprechende Verbesserungsmaßnahmen entwickeln zu lassen
3. in weiterer Folge das gesamte Grazer Straßennetz ganz gezielt auf diese besonderen Gefahrenquellen hin zu überprüfen und geeignete Gegenmaßnahmen zur Entschärfung dieser zu entwickeln.

Dem Gemeinderat ist bis September dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

***StR. Hohensinner, MBA übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.***

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Geschätzter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin! Ich freue mich über diesen Antrag, nachdem ich angefangen vom Jahr 2001 bereits 13-mal von diesem Pult aus Anträge, Anfragen usw. gerichtet habe. Immer wieder angefangen mit der Frage an den damaligen Stadtrat Ferk am 10.5.2001 „Mehr Sicherheit auf Grazer Schulen und vor den Kindergärten Tempo 30“, es ist einiges bereits passiert, aber man kann immer noch ein Schäuferl nachlegen, deshalb ist es für uns ganz selbstverständlich, dass wir diesen Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Antragsteller! Kinder sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer, stimmt natürlich, und wir sollen natürlich alles für deren Sicherheit tun und die Vorrednerinnen haben es ja schon betont, es passiert ja sehr viel. Ich darf das hier noch einmal klarstellen und gehe gleich auf die drei Forderungen ein. Es wird zum Beispiel Tempo 30 generell vor Schulen gefordert. Ist richtig, es herrscht im gesamten Stadtgebiet generell Tempo-Limit 30 km/h, ausgenommen Vorrangstraßen, hier ist das Tempolimit auf 50 km/h beschränkt. Es stimmt, es gibt natürlich auch Volksschulen an diesen Vorrangstraßen, die Mehrzahl ist aber auch dort auf 30 km/h reduziert. Bei denen, wo das nicht der Fall ist, die sind auch schon überprüft worden, hier gibt es Schutzwege mit Druckknopfampeln oder Schülerlotsen. Es ist auch unlängst erst vom Straßenamt jede Volksschule auf das hin überprüft worden und alle Sicherheitsmängel beseitigt. Zu den nächsten zwei Punkten, das sind natürlich die Kernaufgaben der Ämter und es trifft sich auch die ARGE für Verkehrssicherheit zu diesen Themen regelmäßig. Diese Arbeitsgemeinschaft besteht auch aus der Polizei, dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, dem Straßenamt und der Verkehrsplanung und die treffen wöchentlich zusammen, um eben über gefährliche Situationen im Straßenverkehr zu sprechen, auch wenn wieder wo leider ein Unfall passiert, die werden also wöchentlich besprochen und es gibt daher auch regelmäßig

Berichte. Erwähnenswert, und das habe ich heute erst gehört, wird auch in den Schulen mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit zusammen immer präventiv in den Schulen die Kinder aufgeklärt, das heißt, alles was da gefordert wird, passiert natürlich, daher können wir eben Dringlichkeit und Inhalt ablehnen. Ein Punkt noch persönlich, weil es dann heißt die älteren Kinder, also ich traue einem 10-Jährigen schon zu, der selbständig mit dem Fahrrad fährt oder der auch mit dem Bus fährt, eine gewisse Sicherheit als Verkehrsteilnehmer muss man dann auch einem 10-Jährigen schon zugestehen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Lieber Herr Stadtrat, liebe KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuhörerInnentribüne! Vielen Dank für den Antrag, liebe Karin Katholnig, und ich möchte damit vorausschicken, wir werden Dringlichkeit wie Inhalt unterstützen und ich möchte gleich auf den Kollegen Lohr eingehen. Die Darstellung, dass sehr viel passiert, das ist sicher nicht ganz falsch, nur was ist das Ziel beziehungsweise was ist die Politik, die die Verkehrssicherheitsarbeitsgruppe, die Verkehrspolitik der Stadt Graz beziehungsweise wir als Gesellschaft grundsätzlich betreiben? Wir betreiben nicht als Ziel eine kinder- und jugendgerechte Stadt, eine kinder- und jugendgerechte Verkehrssituation in einer Stadt oder in Ortschaften, das gilt ja österreichweit. Dafür ist die StVO gar nicht da, sondern die Kinder, die Jugendlichen, die Menschen sollen praktisch für den Verkehr hergerichtet werden, geschult werden, damit sie ihn quasi überleben. Jetzt wird das der Antrag von der Karin Katholnig auch nicht erreichen können, das werden wir in der Stadt Graz auch nicht erreichen können, aber es ist ein guter, erster Ansatz, ein wichtiger Ansatz und es ist nicht richtig, dass über 10-Jährige im Straßenverkehr Geschwindigkeiten, Abstände usw. schon so wahrnehmen können, das heißt, Geschwindigkeiten, Abstände und wann ist das Auto dann wirklich da, schon so wahrnehmen können, wie es Erwachsene tun, das ist bis zirka 12 Jahren in Entwicklung, das kann man nachlesen. Es ist auch so,

dass natürlich Kinder abgelenkt sind, Jugendliche abgelenkt sind, wie auch wir Erwachsene, vielleicht konzentrieren wir uns da manchmal anders, aber das muss auch alles gelernt werden. Umgekehrt kann man nicht erwarten, dass das zu Lernende alles schon vorhanden ist, es sollte die Rücksichtnahme eingefordert werden und dahingehend ist es sehr wichtig, diese Tempo-30-Realisierung sehr genau noch einmal anzuschauen und auch nach Möglichkeit auszuweiten. Den Schulweg anzuschauen und die Freizeitwege anzuschauen. Was nutzt uns denn das alles, wenn man in der Früh den Schülerlotsen da haben und zu Mittag auch, wenn es dann unter Umständen noch Freifächer oder Sonstiges in der Schule gibt, wo das dann nicht mehr da ist, allein die Nachmittagsbetreuung. Was nutzt denn das, wenn die Kinder nicht mehr in den Park oder auf den Sportplatz kommen und dahingehend gibt es viele, viele Möglichkeiten, das ist ein erster Ansatz. Ich mag gerne ein bisschen weitergehen, für uns wäre es sehr, sehr wichtig, auch wieder zu diskutieren über Schulstraßen und verkehrsberuhigte Flächen und Zonen in solchen Bereichen, wie eben die Begegnungszone, das würde der menschen-, der jugendlichen- und kindergerechten Straße den menschen-, jugendlichen- und kindergerechten Verkehr und damit der Stadt, glaube ich, einen großen Sprung geben und trotzdem kommt ein jeder hin, wo er will, das darf man ja nicht vergessen an der ganzen Situation. Das heißt, der Autofahrer wird ja nicht ausgesperrt, es wird nur ein Reglement eingeführt, das für die Schwächsten, für die Schwächeren mehr Schutz bietet. In dem Sinne ein Super-Antrag, danke, und auf den kann man aufbauen (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Liebe Karin! Wir unterstützen natürlich in der Dringlichkeit und im Inhalt deinen Antrag. Aber ich möchte schon einige Gedanken trotzdem auch noch einmal von mir geben. Nicht nur wir, aber auch andere Gemeinderäte werden immer wieder konfrontiert mit Forderungen von Bürgern und Bürgerinnen nach Fußgängerübergängen. Wir haben immer wieder das Problem, dass wir sozusagen

Fußgängerübergänge, die keine Signallichtanlagen haben, noch immer benötigen. Es ist aber die Tendenz, dass diese Fußgängerübergänge eben, weil sehr viele Unfälle auf diesen Fußgängerübergängen passieren, eher verschwinden und eingeschränkt werden. Und ich bin gerade im Verkehr Teilnehmer durchaus mit dem Auto, mit dem Fahrrad und auch Fußgänger und ich muss immer wieder feststellen, dass hier durchaus auch die Eigenverantwortung von Erwachsenen immer mehr abnimmt, das heißt, es schaut, wenn man das beobachtet, es schaut keiner mehr links und rechts, bevor er einen Schritt auf den Fußgängerübergang macht. Das heißt, auch der andere Verkehrsteilnehmer, ob das jetzt Radfahrer oder Autofahrer ist, hat manchmal oft gar nicht mehr die Möglichkeit, wenn ihm nicht signalisiert wird, halt, ich möchte da hinübergehen. Ich glaube, in der Verkehrserziehung ist das ein Thema, dass wir als Erwachsene Vorbilder für Kinder sein müssen und das vermisse ich eigentlich jetzt zunehmend und ich glaube, das sollte jetzt mit einer Initiative sein, dass wir eben diese Bewusstseinsbildung auch wieder anstreben. Danke, das war jetzt nur ein Gedanke von mir dazu (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Nachdem ich mich beim Motivenbericht sehr kurz gehalten habe, nachdem wir vorhin eine hitzige lange Debatte gehabt haben, aber es ist ja für alle nachzulesen gewesen, weiß ich trotzdem nicht, ob der Herr Gemeinderat Lohr alles genau gelesen hat, weil er redet vor Volksschulen.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Nein, betrifft es nicht, wenn du mir zugehört hättest, ich habe das auch vor höheren Schulen gefordert, weil die Statistik sagt, zwischen den 10- und 19-Jährigen passieren die meisten Unfälle. Die kleinen Volksschulkinder werden meist noch von den Eltern zur Schule geführt oder auch abgeholt, aber die Zehnjährigen sind oft unbedarft. Ich habe selber zwei Kinder, ich weiß, wie das oft nach der Schule war ein Gerangel oder sonst wie und da ist nicht ganz Graz 30er-Zone, sondern vor sehr vielen Schulen ist 50er-Zone und gerade vor höheren Schulen gibt es sehr viele, das ist eine Forderung, dass wir eben eine Beruhigung haben wollen und wir haben wollen, dass das neu überarbeitet wird. Weil anscheinend kann es nicht so gut sein, wenn die Frau Gemeinderätin Potzinger sagt, seit 2001 bemüht sie sich, dass irgendwas in Graz verbessert wird, anscheinend ist das nicht passiert, sonst hätten wir heute nicht diesen dringlichen Antrag gebracht. Und zum Kollegen Dreisiebner möchte ich mich auch bedanken und gebe ihm vollinhaltlich Recht und auch der Frau Gemeinderätin Ina Bergmann. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.***

## **5) UVP-Verfahren Reininghaus – Anfrage an das Land Steiermark**



GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Gäste! Das Thema Reininghaus hat uns hier im Haus schon öfters beschäftigt. Ein aktueller Gerichtsspruch vom Europäischen Gerichtshof macht das notwendig, dass wir auch über den hier herinnen sprechen. Ich werde nur die wichtigsten Passagen ausführen, es ist leider ein juristisches Thema, also wieder etwas komplex.

Gemäß einschlägigen Zeitungsberichten sollen die zuständigen Stellen des Landes im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens eine Entscheidung gefällt haben, die die Notwendigkeit einer UVP-Prüfung für das Reininghausareal verneint. Vor allem die Eigentümer von Asset One sollen hier eine Entscheidungsfindung im Interesse der eigenen Rechtssicherheit urgiert haben. Nun allerdings hat sich durch ein Urteil des EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens eine neue Rechtslage ergeben, die zumindest im gegenständlichen Prüfverfahren von Relevanz sein könnte.

Im Wesentlichen wurde die Frage erörtert, ob im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten eine Bindungswirkung von Verwaltungsentscheidungen, die die Notwendigkeit einer UVP verneinen, für Nachbarn vorliegt. Es wird dann der Fall aus Kärnten ausgeführt, das ist die [REDACTED], die als Nachbarin dort bei einem Projekt Nachbarrechte eingefordert hat und sie ist damit eben bis zum EuGH gegangen. Im Wesentlichen hat der Europäische Gerichtshof für Recht erkannt, dass für Nachbarn, zur „betroffenen Öffentlichkeit“ zu zählen sind, hinsichtlich Verwaltungsentscheidungen, die jedenfalls ohne Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit stattgefunden haben, keine Bindungswirkung besteht. Es muss natürlich erwähnt werden, dass nur in den seltensten Fällen ein Sachverhalt dem anderen zu 100% gleicht. Daher wäre es wohl schon überschießend, schon jetzt zu behaupten, dieses Urteil auch im Falle der Reininghausgründe sei dazu geeignet, bisher getroffene Entscheidungen in Frage zu stellen. Jetzt hat die Umweltschutzanwaltschaft in der

Steiermark, die sieht in dem Fall keine UVP von Relevanz, das ist die eine Meinung in der Steiermark, aber zum Beispiel in Niederösterreich diese Umweltschutzbehörde teilt eine andere Meinung. Und uns geht es eben jetzt nur einmal die Frage aufzuwerfen, ob hier Rechtssicherheit besteht. Und es ist auch ein Gebot der Sorgfalt und im Interesse der Investoren, hier eben größtmögliche Rechtssicherheit herzustellen. Vor diesem Hintergrund sollte die gegenständliche Rechtsprechung des EuGH zumindest in Zusammenhang mit den Reininghausgründen gesetzt werden.

Daher ergeht daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehender

### **dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz treten in der im Betreff bezeichneten Angelegenheit an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark heran und ersuchen höflich um Beauskunftung der Frage, ob das in gegenständlichem Antrag thematisierte Urteil des EuGH in Zusammenhang mit einer UVP-Prüfung auf dem Areal der Reininghausgründe von Relevanz sein kann.

Ferner werden die zuständigen Stellen des Landes höflich ersucht, im bejahenden Falle die entsprechenden korrigierenden Schritte bisher auf Landesebene getroffener Entscheidungen vorzunehmen.

Und ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Lieber Kollege Lohr, es ist schon eigenartig, ihr wollt da die Kommunikation mit eurem, es ist

ja euer Landesrat Kurzmann offensichtlich nur über Dritte führen, über den Gemeinderat. Euer Landesrat hat vor kurzem im April, am 20. April datiert der Bescheid, festgestellt, was von keiner Partei beeinsprucht wurde, es liegt keine Berufung vor, auch keine der berechtigten NGOs hat gegen diese Entscheidung, zu dem Zeitpunkt war dieses Kärntner Erkenntnis schon bekannt, einen Einspruch oder Einwand gehabt und ihr wollt jetzt euren Landesrat sozusagen mit uns auffordern, quasi seine Entscheidung letztlich rückgängig zu machen. Es liegt keinerlei Grund vor, an der Rechtskraft dieses Feststellungsbescheides zu rütteln. Vor allem auch inhaltlich deswegen nicht, weil der Fall in Kärnten, du hast ihn zitiert, nicht vergleichbar ist mit unserem. Wir haben in Reininghaus im Flächenwidmungsplan, im Rahmenplan, den Flächenwidmungsplan haben wir hierzu schon erlassen, und in den Bebauungsplänen eindeutig bewirkt, dass dort kein Einkaufszentrum möglich ist. Der Messpunkt, und den hat auch das Land Steiermark, und die Frau Landesumweltschützerin Ute Pöllinger ist bekanntlich nicht politisch, parteipolitisch gesehen unser Sprachrohr, sie hat ausdrücklich in ihrer Stellungnahme festgestellt, dass dort kein derartiger Betrieb vorgesehen ist, sie nennt das Magnetbetrieb, der also parkende Autos anzieht, fahrende und dann parkende Autos anzieht. Und das hat sie messerscharf geschlossen, aus der vergleichsweise äußerst geringen Anzahl von Stellplätzen, die wir dort festgeschrieben haben beziehungsweise in den Bebauungsplänen, Beispiel Linse, 400 Stellplätze. Das reicht bei weitem nicht für die Bewohner, die dort zu erwarten sind, geschweige denn für Kunden und so geht es mit den anderen Bebauungsplänen weiter. Ihr wollt hier einfach eine Unsicherheit erzeugen und versucht, aufgrund eines OGH-Erkenntnisses zu einem ganz anders gelagerten Fall hier einfach Zweifel zu bewirken. Ganz abgesehen davon, und das wiederhole ich abschließend, dieser Bescheid ist rechtskräftig und weder von der Umweltschützerin noch von NGOs beeinsprucht worden und wir sollten auch daran nicht rütteln. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion betrachtet es nicht als ein Erhöhen von Unsicherheiten, auch nicht als ein Ausdruck von Zweifel, sondern das Streben nach einem Mehr an Sicherheit. Warum? Es ist ja dieses OGH-Erkenntnis quasi ziemlich parallel mit dem Feststellungsverfahren städtebauliche UVP Reininghausgründe erfolgt und man sollte das einfach auf dem kurzen Weg mit der Behörde abklären. Weil was ist denn diese Rechtssicherheit wert, wenn der EuGH sagt, die NachbarInnenrechte sind nicht gewährleistet im Feststellungsverfahren? Was ist, wenn da einer/eine hinget, muss nicht die ■■■■ sein, muss nicht eine Umweltorganisation sein, muss auch sonst keine berechnigte Institution sein, wenn jemand da hinget, was ist dann und dann stehen wir nach zwei/drei Bebauungsplänen an. Ich glaube, dass das weder für die Stadt, die mit viel Investitionsarbeit und auch später mit Geld drinnen hängt, als auch für die dort investierenden Unternehmungen nicht unbedingt das Tollste wäre, wenn das in etwa zwei Jahren soweit wäre, wenn es so kommen sollte. Ja, richtig ist, kein Magnetbetrieb, ja richtig, Bebauungspläne und die diverse Verträge, was die Mobilität betreffen. Aber auch richtig ist, dass dort natürlich auch Handelsbetriebe entstehen werden, wenn man allein an den Lebensmittelhandel denkt, der sich wahrscheinlich auch so positionieren wird, und dazu sage ich gleich, dass er übergeordnet Kunden anziehen kann. Es werden Straßen ausgebaut, es werden Straßen aufgeweitet, heute haben wir schon über die Wetzelsdorfer Straße geredet, Alte Poststraße usw., gibt es auch Aufweitungspläne, es gibt auch natürlich das Projekt, Josef-Huber-Gasse zu verlängern und zu unterführen unter die Bahn, das gibt ja dann quasi auch für den vorbeiströmenden, durchfahrenden Pendelverkehr gewisse Möglichkeiten, sorry, blöd wären Handelsbetriebe, wenn sie nicht an solchen Straßen sich in irgendeiner Form ansiedeln wollen würden und das ist nicht ausgeschlossen, wie das dann auch alles mit Parkplatzbeschränkung etc. in Zukunft ausschauen sollte. Weil was wir schon auch feststellen wollen ist, dass man zwar in Bezug auf diese straßenverkehrlichen Projektmaßnahmen beinahe viel zu frühzeitig dran sind, wenn man Abbiegespuren für Wohnquartiere jetzt schon von

Landesstraßenseite her einplant, wo das Wohnquartier noch nicht einmal einen Bebauungsplan anstrengt oder durchführt. Wo bleiben Straßenbahn und diese Projekte, das ist alles nicht terminisiert beziehungsweise in der Terminisierung nach hinten geschoben, da ist einiges an Problemen da, das könnte, wie gesagt, diese Unsicherheiten aufwerten und Magnetbetrieb als solches, ein Betrieb gibt es nicht, aber in der Summe Dienstleisterhandel, Büronutzung wird dort ziemlich viel passieren, auf steirisch gesagt, das wird sich einiges abspielen und das wäre gut zu überprüfen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber**: Zunächst vielen Dank für den Antrag, lieber Roland, er hat uns zumindest die Möglichkeit gegeben, uns doch einigermaßen intensiv mehr oder weniger mit diesem Thema auseinanderzusetzen und wir haben gerade dann, wenn es um Anwohnerrechte, um Bürgermitsprache geht, werden wir natürlich immer hellhörig, weil das für uns natürlich auch ein sehr wichtiges Thema ist, wo wir sehr genau immer hinschauen. Letztlich waren für uns aber eben zwei Sachen ausschlaggebend, diesen Antrag nicht zu unterstützen, weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt nach, beides hat der Kollege Peter Piffli-Percevic schon sehr gut und breit ausgeführt. Ich möchte es nur noch einmal kurz auf den Punkt bringen, erstens es hat keinen Einspruch, keine Einwendung gegeben von Seiten der [REDACTED], der Landesumweltanwältin und der NGOs, was für uns auch ein wichtiger Indikator einfach auch ist und zweitens, und das sehe ich auch tatsächlich so durch die verschiedenen Instrumentarien, die wir zur Verfügung haben, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplanungen, Rahmenplan natürlich auch ist es tatsächlich eigentlich ausgeschlossen, dass dort ein wirkliches Einkaufszentrum entsteht und von daher werden wir also diesem Antrag nicht zustimmen. Aber dennoch danke für die Arbeit (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Danke einmal an die grüne Fraktion, dass sie punkto EuGH-Urteil unsere Befürchtungen und unsere Fragestellungen durchaus teilt und hier mitgehen kann. KPÖ hat anfänglich natürlich gesagt, Nachbarrechte sind ihnen wichtig, aber ihr macht halt die falsch Conclusio und darum versuche ich, euch jetzt noch zu überzeugen, weil die zwei Argumente vom Kollegen Piffli-Percevic, die laufen natürlich ins Leere. Es geht hier nicht um einen innerparteilichen Konflikt, ich weiß nicht, warum ihr da immer irgendwas erahnt, es ist völlig aus der Luft gegriffen, es handelt sich nicht um ein Kleingeldwechseln mit unserem Landesrat Kurzmann, denn die letzte Landtagsitzung war bereits in dieser Periode und die Amtszeit endet ja in absehbarer Zeit. Vielmehr war es, dass durch diese EuGH-Entscheidung eine neue rechtliche Interpretation vorliegt, die man zumindest berücksichtigen sollte. Das liegt primär im Interesse der Stadt Graz und hat eben nichts mit dem Landesrat zu tun. Das zweite Argument, dass es bei dem Fall um ein Einkaufszentrum in Kärnten gegangen ist, aber auf das bezieht sich, und ich kann das ja auch nur so wiedergeben, wie wir das von den juristischen Beratungen erhalten haben, jetzt nicht ausschließlich wegen des Einkaufszentrums. Also es ist durchaus vergleichbar. Denn wenn man sich die Entscheidung genau ansieht, dann behandelt der EuGH-Entscheid grundsätzlich die Frage der Bindungswirkung von Verwaltungsentscheidungen, die ohne Beteiligung der sogenannten betroffenen Öffentlichkeit stattgefunden hat und er moniert eben gerade, dass hier wesentliche Parameter, und das ist jetzt wirklich nur mehr für die Fachleute, dieses A-Haus-Übereinkommen nicht sichergestellt werden. Aber wir bieten auch der ÖVP an, auch gern unsere Ansprechpersonen euch weiterzuleiten, damit man das noch auf weiterer, höherer juristischen Ebene klären kann. Abschließend möchte ich festhalten, es geht uns eben nicht darum, die neue Rechtsprechung des EuGH in diesem konkreten Fall und gerade bei einem Projekt dieser großen Dimension von Reininghaus berücksichtigt und auf ihre Relevanz eben nur geprüft wird. Einem allfälligen Ausgang der Überprüfung kann ich und können wir gar nicht vorgreifen und ich verstehe eben nicht, dass auf dieser Faktenlage die ÖVP hier so nervös reagiert (*Applaus FPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Offensive zum Ausbau der Grazer Radfahr-Infrastruktur**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Wir haben ja in Graz die Situation, dass wir seit vielen Jahrzehnten sehr starken RadfahrerInnen-Anteil haben, dass Graz sich auch selbst immer gerne als Stadt der Radfahrerinnen und Radfahrer sogar als Radfahrhauptstadt Österreichs darstellen will beziehungsweise auch feiern lassen konnte und dass das zum Teil auch über viele Jahre hin berechtigt war. Mittlerweile ist es aber so, dass in Graz ein gewisser Stillstand bei dem Weiterbau an der Infrastruktur für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer eingetreten ist, so unsere Beobachtung, dass andere Städte in Österreich, andere Landeshauptstädte beziehungsweise auch Wien, da einiges nachziehen. Und das trotz oder entgegen der eigenen Ziele, die wir uns im Stadtentwicklungskonzept, die wir uns auch auf Basis des zu beobachtenden Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung, sinkende Pkw-HalterInnenzahlen auf Einwohner usw. passieren. Es fehlen aus unserer Sicht ja in einigen Bezirken gut ausgestattete Radwegverbindungen, zum Beispiel entlang von hochrangigen Straßen, etwa Plüddemangasse als Beispiel genannt, den Katalog kann man sehr weit führen. Es gibt auch zwischen den Bezirken Defizite und es gibt sogar im Bereich der Inneren

Stadt ein sehr heißes, immer wieder diskutiertes Thema, das ist der fehlende Lückenschluss, der derzeit über die Schmiedgasse hauptsächlich abgewickelt wird und wo etwa ein Fahrradprojekt über den Joanneumring eine Lösung darstellen könnte, aber halt nicht gekommen ist. Ein paar Jahre vorher bei der Mobilitätsstadträtin Lisa Rücker ist da einiges mehr in Bewegung gegangen, da ist einiges mehr an Aktivitäten passiert, wenn man sich das Ganze im Vergleich zum Nachfolger, der sich jetzt Verkehrsstadtrat, nicht Mobilitätsstadtrat, nennt, anschaut. Beim Ausbau von Fahrrad-Infrastruktur wird jetzt vor allem abgestellt auf Projekte, die landesseitig initiiert beziehungsweise mitfinanziert und mitgeplant werden, was natürlich ein sehr guter Teilansatz ist, weil man dadurch sehr viel mit relativ wenig städtischen Mittel und Geldeinsatz erreichen kann, aber das kann nicht der Weisheit letzter Schluss alleine sein, es braucht auch die Eigeninitiativen, die Eigenaktivitäten und die Eigenfinanzierung der Stadt Graz an den Punkten, wo es notwendig ist und es braucht kreative Ansätze, wie etwa die unter Stadträtin Lisa Rücker begonnene Prüfung von möglichen Fahrradstraßen, die dann nicht mehr weiterverfolgt worden ist, wieder aufzunehmen. Wir haben zurzeit die Situation, das es zwar diese Verkehrssicherheitsarbeitsgruppe gibt, die Unfallhäufungsstellen, die krisenhafte Situationen zu analysieren versucht, Gefahrenpunkte feststellt und dann weiter monitort und kleinere Maßnahmen in Umsetzung bringen will. Die großen Würfe, die eigentlich dem entsprechen würden, was der RadfahrerInnenanteil und die städtischen Ziele verdienen würden, die passieren so nicht. Stattdessen haben wir in letzter Zeit immer mehr steigende Situation von Konflikten, Unfällen und tödlichen Unfällen leider auch, wir haben eine ganz massive emotionale Diskussion in der Stadt, die auf Basis dessen passiert, dass der eine den anderen verdrängt, der andere den Dritten und das muss einfach auch in irgendeiner Form über die Neuverteilung von Platz und Möglichkeiten einer Lösung zugeführt werden.

In diesem Sinne wäre es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass man sich die Situation in Graz sehr genau anschaut und ein Ausbauprogramm, einen Katalog von Projekten



vorschlägt und diese auch zeitlich beziehungsweise nach einer Bewertung folgend dem Gemeinderat beziehungsweise im zuständigen Verkehrsausschuss vorstellt.

In diesem Sinne der dreistufige

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

1. Der zuständige Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, ein Ausbauprogramm für notwendige Radwege-Infrastrukturverbesserungen erarbeiten zu lassen. Dieses Ausbauprogramm soll sowohl einen Vorschlag für eine Prioritätensetzung als auch eine erste grobe Kostenabschätzung beinhalten.
2. Stadtrat Eustacchio wird darüber hinaus beauftragt, einen erweiterten Katalog möglicher Fahrradstraßen - aufbauend auf der Vorschlagsliste von 2012 - inklusive beabsichtigtem Umsetzungshorizont ausarbeiten zu lassen.
3. Beides - Ausbauprogramm Radwege-Infrastruktur und der Katalog für mögliche Fahrradstraßen - sind dem Gemeinderat als Informationsbericht spätestens in der September-Sitzung dieses Jahres vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel** zur Dringlichkeit: Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Gäste, lieber Kollege Dreisiebner! Zu deinem Vergleich und deinem Motivenbericht der Zeiträume 2008 bis 2012 und dem Zeitraum 2013 bis 2014, also zu deinem Früher-war-alles-besser möchte ich schon einen kleinen Hinweis abgeben. Frau Stadträtin Rücker hatte pro Jahr zwei Millionen Euro nur für den Radwegausbau zur Verfügung. Seit 2013 sind nur mehr eine Million Euro pro Jahr für die gesamte AOG der Verkehrsplanung eingestellt. Trotzdem wurden sowohl 2013 als auch 2014 jeweils eine Million Euro für

den gemeinsamen Geh- und Radwegausbau mit dem Land auf die Beine gestellt und im Zeitraum 2015 bis 2016 werden für dieses Projekt 1,6 Millionen bereitgestellt und das, ohne das Budget zu belasten, ausschließlich durch Umschichtungen. Ich will jetzt gar nicht auf die Liste der bereits durchgeführten Projekte und Ausbauten hinweisen, diese Liste würde einfach die Zeit hier, meine Redezeit, sprengen. Ein kleines Beispiel nur, um auch die Gewichtung des Ausbaus zu zeigen. Das erste Projekt unter der Ägide Eustacchio war zum Beispiel der Ausbau der Lücke Geh- und Radweg Weidweg und Obere Weid, also sein überhaupt erstes Projekt, da ja umgesetzt worden ist. Wir müssen leider alle in der Schere, was ist wünschenswert und was ist machbar, arbeiten. Ich finde auch, dass deine sehr einseitige Sicht auf den Verkehr, jetzt nur auf die Radwege bezogen, etwas eigenartig. Gerade in der Mobilitätsstrategie der Stadt, also dieses Projekt hier, wo ihr ja federführend mitentwickelt habt, liest man, Mobilität ist in der Gesamtheit zu betrachten. Auch die Bewertung hier geht ja aus einem Verhältnis heraus bis zum motorisierten Individualverkehr und zum anderen, dem Umweltverbund, sprich ÖV, Rad- und Fußwege gemeinsam haben. Aber jetzt will ich gar nicht polemisieren. Bringen wir es auf den Punkt, der Hinweis, also dein Hinweis, unter der Verantwortung von Stadtrat Eustacchio werden die Ziele der Mobilitätsstrategie aus den Augen verloren, ist schlicht und einfach falsch, ist ein Quatsch. Der Gemeinderatsbeschluss vom Jänner 2012, wo die Ziele und die Verkehrsrichtlinien beschlossen wurden, haben natürlich Bestand und Gültigkeit. Das heißt eigentlich, deine Hypothese ist falsch, du könntest deinen Antrag zurückziehen, wäre eine Möglichkeit (*Applaus FPÖ*). Die andere Geschichte, Stadtrat Mario Eustacchio hat gestern dem Verkehrsausschuss bekanntgegeben, dass das zur Mobilitätsstrategie der Stadt Graz 2020 noch fehlende Maßnahmenpaket, das gemeinsam mit wissenschaftlicher Unterstützung von Prof. Fallast und seinem Institut ausgearbeitet wurde, fertiggestellt ist. Dazu hat er alle Verkehrssprecher, auch dich, eingeladen sowohl zur Präsentation als auch zur Diskussion darüber, wo dann auch über Prioritäten usw. diskutiert werden kann. Immer natürlich leider Gottes unter der Berücksichtigung finanzieller Machbarkeit. Ich stelle also fest, der Punkt 1, das

Programm, ist durchgeführt, Punkt 2, der Katalog, ist Teil des Ganzen, Punkt 3, Fristsetzung ist keine mehr notwendig, weil ja eh schon vorhanden, das heißt, dein Antrag ist eigentlich obsolet (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Werte Damen und Herren! Ja, der Antrag ist von unserer Seite aus dringlich, er ist sehr ambitioniert...

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Hast nicht zugehört?*

GR. **Haberler**: ...weil wir irgendwie wissen, was mit dringlichen Anträgen, sage ich einmal, passiert, wenn wir jetzt anschauen das Gesamtverkehrskonzept Lendplatz, es wird in eine Schublade gelegt und wartet auf bessere Zeiten. Aber wir werden trotzdem zustimmen.

GR. **Dreiebnner**: Nachdem das Verhalten der weiteren Fraktionen jetzt nicht geoffenbart worden ist, riskiere ich es lieber nicht, aber ich hoffe, es gibt auch eine sozialdemokratische und von der KPÖ genügend Radfahrerinnen und Radfahrer und hoffe auf die Annahme der Dringlichkeit und später des Antrages. Ja, lieber Kollege Mogel, die Budgets sind anders als sie mal waren, nur eines kannst du mir glauben, das ist auch von 2008 bis 2012 nicht von allein hineingeflattert in den Topf der Mobilitätsstadträtin, dazu musste man ambitioniert verhandeln, dazu musste man

Projekte einbringen und untermauern, warum das notwendig ist und dann hat es ein Geld gegeben und ich glaube, das ist einem jeden Stadtrat, einer jeden Stadträtin bekannt, wie diese Dinge ablaufen, die kommen nicht einfach daher, weil das Wetter besser war oder die Zeiten anders. Interessant finde ich selbstverständlich am meisten natürlich deine Aussage, dass der Antrag eh schon obsolet ist, weil schon alles passiert ist, bist aber inhaltlich auf die fehlenden Infrastrukturprojekte, und ich habe nur einige wenige genannt, gar nicht eingegangen. Du bist aber eingegangen auf das schöne Projekt Obere Weid, Lückschluss, ja das ist quasi ein Mitnahmeeffekt aus der Zeit von Mobilitätsstadträtin Rücker, die Umsetzung ist dann 2013 passiert, Planung und Finanzierung ist vorher schon beschlossen gewesen. Einseitige Sicht auf den Radverkehr, ja es tut mir wirklich leid, ich habe heute nur den Radverkehr zum Thema gemacht. Ich habe die FußgängerInnen vergessen und ich habe den ÖV heute also nicht vergessen, ich habe ihn heute nicht hineingepackt, ich habe den ÖV heute nicht hineingepackt, ich konzentriere mich bewusst auf den Radfahrverkehr, und auf den Kfz-Verkehr, da können wir auch gerne diskutieren, aber da sehe ich die Defizite nicht so sehr, das haben wir vorher auch, schon bei Reininghaus habe ich das kurz erwähnt. Das Thema Maßnahmenkatalog für die Konzeptpräsentation für die VerkehrssprecherInnen ist mir seit gestern bekannt, bin ich auch dankbar und noch mehr bin ich neugierig. So viel zum Kollegen von der FPÖ und zum Kollegen Haberler, vielen Dank für die avisierte Unterstützung, auch wenn deine Einschätzung sehr skeptisch ist, ich kann dir leider keinen Trost von hier aus spenden (*Applaus Grüne*).

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Geht einmal kuscheln.***

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

*Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

## **7) Konzeptentwicklung für Betreuungsangebote von Schulkindern (6 - 14) in den Schulferien in Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Hoher Gemeinderat, liebe KollegInnen! Auch wenn man sich das heute nicht vorstellen kann, es wird schneller gehen als wir glauben, die nächsten Sommerferien sind da und zweifelsohne Kinder brauchen Ferien. Wir alle kennen die Situation, dass es für Erziehungsberechtigte nicht sehr einfach ist, diese lange Zeit der Sommerferien, ich will nicht über die Dauer der Sommerferien diskutieren, das wäre eine andere Diskussion, so zu gestalten, dass es sich mit Urlaub von beiden Arbeitsberechtigten, Erwerbstätigen ausgeht, beziehungsweise Alleinerzieherinnen sind ganz besonders gefordert. Es ist so, dass wir zwar in den Schulen ein Angebot haben unmittelbar nach Schulschluss, also können die Kinder über die Horte weiterbetreut werden, dann ist aber doch eine sehr lange Zeit, wir wissen, dass die Kinder gerade oft nach der Schule wahnsinnig müde sind. Ich kann mich erinnern, wie meine kleiner waren, haben wir natürlich auch so etwas wie Zirkusschule etc. gemacht, was wir uns leisten konnten, weil wir beide gearbeitet haben und ein ausreichendes Einkommen hatten, weil ja das alles miteinander auch nicht sehr günstig ist und trotzdem war es so, dass die Kinder oft so gestresst waren, dass sie innerhalb kürzester Zeit dann eh krank geworden sind, der Pflegeurlaub nicht mehr gereicht hat, es ist einfach so, es ist stressig. Manche wissen das, dass ich beim Verein Rainbows ehrenamtlich mitarbeite, der sich sehr mit Trennung und Scheidung beschäftigt und Kinder, die aus diesen Situationen kommen und es ist so, dass nach den Sommerferien die meisten Scheidungen eingereicht werden. Was heißt das, dass das oft für Familien

eine wahnsinnig stressige Zeit ist, Tendenzen, die in der Familie oft schon vorhanden sind, einfach verstärkt werden. Also es ist nicht so, dass durch die Ferien die Trennung kommt, aber es ist klar, wenn man viel Zeit miteinander verbringt und Stress miteinander hat, dass das halt förderlich ist für Trennungssituationen. Die Stadt Graz bietet tolle Sachen an, im privaten Bereich gibt es ganz tolle Geschichten, ich habe auch immer wieder... es gibt Jungscharlager, PfadfinderInnenlager, aber es ist so, die einen fangen um 9.00 Uhr in der Früh an, die anderen fangen schon um 8.00 Uhr an, also Flexibilität bezüglich Arbeitszeiten oder so gibt es da kaum. Es ist auch so, manche sind mit Mittagessen, manche ohne, also nur um ein paar Beispiele zu nennen, damit man auch nachvollziehen kann, dass das schon eine akrobatische Höchstleistung immer wieder ist, diese Sommermonate über die Runden zu bringen, geschweige denn, dass man dann hoffentlich in dieser Zeit auch Zeit findet, miteinander gemeinsam Urlaub zu machen. Kinder brauchen Ferien, Kinder brauchen erholte Eltern und gestresste Eltern stressen Kinder, es ist ganz einfach so und deshalb möchte ich heute einmal hergehen, also wir sind, wie wir wissen, eine sehr lebenswerte Stadt, eine sehr schöne Stadt, es gibt eine hohe Zufriedenheit von vielen BewohnerInnen, aber es ist diese Sommersituation eine angespannte Situation und jetzt möchte ich hergehen und bitte den Gemeinderat hier eben Stadtrat Hohensinner und auch Stadträtin Schröck damit zu beauftragen, einmal diese 6- bis 14-Jährigen zu befragen. Also einerseits sie zu befragen, andererseits die Eltern zu befragen, was sie eigentlich brauchen. Ich gehe davon aus, dass Thema sein wird, dass es toll wäre, wenn die Schulhöfe auch im Sommer offen wären. Es ist toll, weil wenn andere Räume offen wären...

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Kaufmann: Sind offen.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig:** Ja, wenn der Hausmeister nicht auf Urlaub ist, sind sie offen. Es ist unterschiedlich, ok. Aber können die Kinder auch dort spielen, wenn sie beaufsichtigt sind, ja ok. Also wie gesagt, es gibt ganz tolle Angebote, das Schöne wäre einfach zu schauen auch, wie könnte es optimiert werden, wie könnte es mit den

Angeboten optimiert werden. Es ist so die Theorie, dass viele Kinder einfach einmal nur faulenzten, unter Aufsicht gatschen und spielen wollen und dass wir da vielleicht alle miteinander nachjustieren könnten und deswegen freue ich mich auch sehr, dass ich die Unterstützung der ÖVP habe, danke auch Martina Kaufmann und eurem Klub für diese Zustimmung und Unterstützung und möchte in unser beider Fraktionsnamen den

### **dringlichen Antrag**

formulieren: Der Gemeinderat möge beschließen:

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner möge die Durchführung einer Befragung der Eltern bezüglich der Wünsche und Bedürfnisse für die Betreuung ihrer Kinder zwischen 6 und 14 Jahren in den Sommermonaten prüfen. In einem weiteren Schritt könnten die zuständigen Stadtsenatsreferenten Martina Schröck und Kurt Hohensinner gemeinsam mit allen AnbieterInnen von Sommerferienangeboten in einem Workshop die Ergebnisse diskutieren, um Vorschläge für ein noch kinder- und familienfreundlicheres Angebot zu erarbeiten, als wir es eh schon haben.

Danke und bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** zum Antrag: Darf ich den Rat geben oder den Vorschlag machen allen, die das Ferienprogramm noch nicht im Detail kennen und auch nicht wissen, dass Schulhöfe geöffnet sind, es gibt eine App, die man runterladen kann, wo man alle Angebote zusammengefasst hat. Nach Alter der Kinder filtern kann, nach den Kosten filtern kann, ganztags, halbtags, mit oder ohne Mittagessen, das hat das

Jugendamt vor kurzem bereitgestellt und ist für alle Smartphones ganz einfach in App-Store erhältlich. Heißt Freizeithits für Grazer Kids. Kann ich dir raten, das einmal runterzuladen und zu schauen, was es da alles gibt.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich danke, ich werde dem auch nachgehen, dass im Akademischen Gymnasium und in der Nibelungenschule die Schulhöfe offen waren, gebe ich zu, ist nicht sehr breit recherchiert, aber immerhin unmittelbar betroffen gibt es die Situation immer wieder. Also meines Wissens sind schon die ganz Jungen zuerst einmal auch nach der Volksschule für vier Jahre im Akademischen, also das ist immerhin eine AHS. Aber es ist auch dort so, dass ist eine Nachmittagsbetreuung, ich muss dem nachgehen. Ich kenne diese Apps, finde ich großartig, ich würde mir wünschen, dass man sie auch mehrsprachig zur Verfügung stellen. Aber es ist was ganz Tolles, was wir schon haben. Danke dafür, bin froh, dass ihr zustimmt, dass man verbesserungsfähig und ausbaufähig ist und danke für die Annahme (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

### **8) Änderung des Volksrechtegesetzes – mehr direkte Demokratie**

GR. **Pacanda** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag

GR. **Pacanda**: Die Thematik oder der Plan oder der Wunsch, das Volksrechtegesetz zu ändern, um mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie zu haben, besteht schon seit längerem in Graz selbst, bei den Grazerinnen und Grazern, auch im Grazer



Gemeinderat. 2012 zum Beispiel hat die FPÖ einen Antrag gestellt, der damals, soweit ich weiß, keine Mehrheit gefunden hat, wo es darum gegangen ist, niedrigere Schwellen für Volksbefragungen zu bekommen. 2013 ist ein ähnlicher Antrag von der ÖVP gekommen, der dann auch Zustimmung bekommen hat, wo es auch darum gegangen ist, Jüngeren, also 16-Jährigen, hier eine Möglichkeit der Teilnahme zu schaffen. 2013 haben auch wir, also die Piratenpartei, einen dringlichen Antrag gestellt zum Thema Bürgerpetitionsrecht, eigentlich den Wunsch des Bürgermeisters damals eigentlich ausgeführt oder erfüllt und in Summe kann man einfach sagen, es sind schon viele Anträge passiert, aber es ist halt in Wirklichkeit noch nichts passiert, wo man jetzt irgendwie merkt, dass in diesem Bereich etwas umgesetzt ist. Es hat sich auch seit 2011 der Beirat für Bürgerbeteiligung damit beschäftigt und erst jetzt, dieses Jahr im Frühling, ein eigenes Forum zu diesem Thema gehabt, wo viele Spezialisten anwesend waren.

Noch ein bisschen was zur Geschichte. Der eine oder andere kennt die Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung, die seit 2011 auch entwickelt worden sind, 2012 erstmalig im Grazer Gemeinderat beschlossen worden sind, 2013/2014 weiterentwickelt worden sind und seit heuer aktiv sind. Die natürlich einen anderen Bereich abdecken als das, wo ich jetzt hinauswill, sondern die halt wirklich nur bei Vorhaben der Stadt Graz schlagend werden, wo da die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitgestalten können, das funktioniert jetzt schon oder es ist in Erprobung. Und worauf will ich jetzt hinaus? Im aktuellen Antrag, also wir haben schon sehr viele Wunsch geäußert in Graz diesbezüglich, wir haben schon sehr viele Inputs bekommen, auch durch die Leitlinienentwicklung wären ganz viele Infos da und Wünsche da, was man hier verbessern könnte. Es gibt verschiedenste Ansätze natürlich, wie man es genau dann im Endeffekt angeht und was ist bis jetzt gewesen? Also zurzeit ist es teilweise im einen Ausschuss wird es behandelt, es wird in der Klubobleutekonferenz behandelt und leider schon seit langem und seit vielen Jahren und der Grund eben, es ist zu wenig passiert, es ist nicht wirklich was passiert. Deshalb jetzt dieser dringliche Antrag. Zum dringlichen Antrag selbst, beinhaltet, dass der Grazer Gemeinderat sich einerseits noch

einmal dafür ausspricht und sagt, wir wollen mehr direkte Demokratie, wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Der Bürgermeister, der beauftragt werden würde, einen Arbeitskreis einzuberufen unter Federführung der Präsidialabteilung und zu diesem Arbeitskries wären dann verschiedenste, die Vertreter natürlich der einzelnen Parteien geladen, Beirat für Bürgerbeteiligung, mehr-demokratie.at, Rechtsexperten, Vertreter des Städtebundes sowie das Referat für BürgerInnenbeteiligung, das da hier als Wissensträger fungieren könnte und eben die ganzen Inputs, die es bereits bei der Leitlinienentwicklung bekommen hat von vielen NGOs und Teilnehmern, da hier auch noch miteinbringen könnte. Ziel des Ganzen wäre, eigentlich sozusagen einen Grundsatzbeschluss zu schaffen, einen Startschuss zu machen, um das Thema natürlich noch einmal aufzumachen in einem großen Sinn und gescheit anzugehen. Und jetzt möchte ich gleich dazu ergänzen oder anführen, wir haben natürlich im Vorfeld, wie wir das immer tun, bemerkt, dass wir jetzt für diesen Antrag auch keine Mehrheit bekommen haben. Wir haben schon Unterstützung bekommen, die Grünen, die uns vom Anfang an unterstützt haben, die FPÖ, die auch ihre Unterstützung uns zugesagt hat und es wurde auch im Vorfeld schon ein Abänderungsantrag von der ÖVP formuliert und ich komme eigentlich schon bald zum Schluss, möchte nur eben ergänzen, wir haben jetzt da, sage ich einmal, den Abänderungsantrag von der ÖVP noch weiter erweitert, also diese Erstversion noch ergänzt um die Punkte, die mir sehr wichtig sind, also eben die ganze Thematik des Salzburger Modells, um wirklich diesen direktdemokratischen Punkt hineinzuarbeiten, es wird aber sicher dann noch der Peter Piffel-Percevic seinen Antrag selber noch genauer kurz vorstellen, aber in Summe ist mir bewusst, dass diese riesengroße Öffnung, jetzt noch einmal diesen kompletten Prozess aufzumachen, leider keine Mehrheit findet, auf der einen Seite leider, weil sicher noch viele zusätzliche Inputs kommen könnten, auf der anderen Seite freut es mich, dass wir, glaube ich, zumindest für den Abänderungsantrag eine breite Mehrheit bekommen, weil das uns einfach die Chance bietet, dass wir bei diesem wichtigen Thema weiterkommen und dann doch wieder viele miteinbinden können und dann vielleicht wirklich eine Veränderung

gemeinsam herbeiführen können, die direkte Demokratie in Graz ermöglicht.  
Dankeschön.

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*StR. Hohensinner, MBA übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.*

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Ich darf nur ganz kurz ergänzen, Philip, du hast alles auf einen Punkt, auf den wichtigen Punkt gebracht. Wir bekennen uns zu einem moderneren Volksrechtegesetz als wie wir es derzeit seitens des Landes vorfinden. Du hast schon kurz erwähnt, bereits im März 2013 haben wir eine Petition an das Land geschickt, da ging es um ein modernes Instrument, damals, ich habe jetzt nur vermerkt, die SPÖ und die Grünen haben damals dem Antrag zugestimmt, ich gehe fest davon aus, dass das die breiteste Mehrheit gefunden hat. Wir sind nicht in der Lage festzustellen, dass das großes Gehör gefunden hat. Wir erwarten uns von dem neu zu wählenden Landtag, dass der zur erarbeitende Entwurf also wirklich ernst genommen wird und wir wollen gleich einen diskussionsfähigen Entwurf, den wir dann selbstverständlich mit dem BürgerInnenbeirat diskutieren, wir wollen also zwei Schritte auf einmal machen, ich danke für deine Initiative und ersuche um Annahme des Abänderungsantrages, dessen Inhalt du schon dargelegt hast (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Nur ganz kurz. Es freut mich zumindest, dass eine einstimmige Meinung da ist, dass es dringlich ist und dass wir bei dem Thema was tun müssen und da sind wir uns, glaube ich, alle einig und ich hoffe, dass wir dann wirklich da eine Veränderung herbeiführen können und wenn es nicht passiert, wir werden dahinter wachen und werden dahinter stehen, dass da was passiert. Dankeschön.

*Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.*

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um, 17.33 Uhr den Vorsitz.*